

ZUKUNFT 06

2009

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

In der
Populismusfalle
Caspar Einem

Schlechter Markt
– guter Staat?
Ulrich Brand

Konjunkturpolitik ist
Geschlechterpolitik
Gabriele Michalitsch

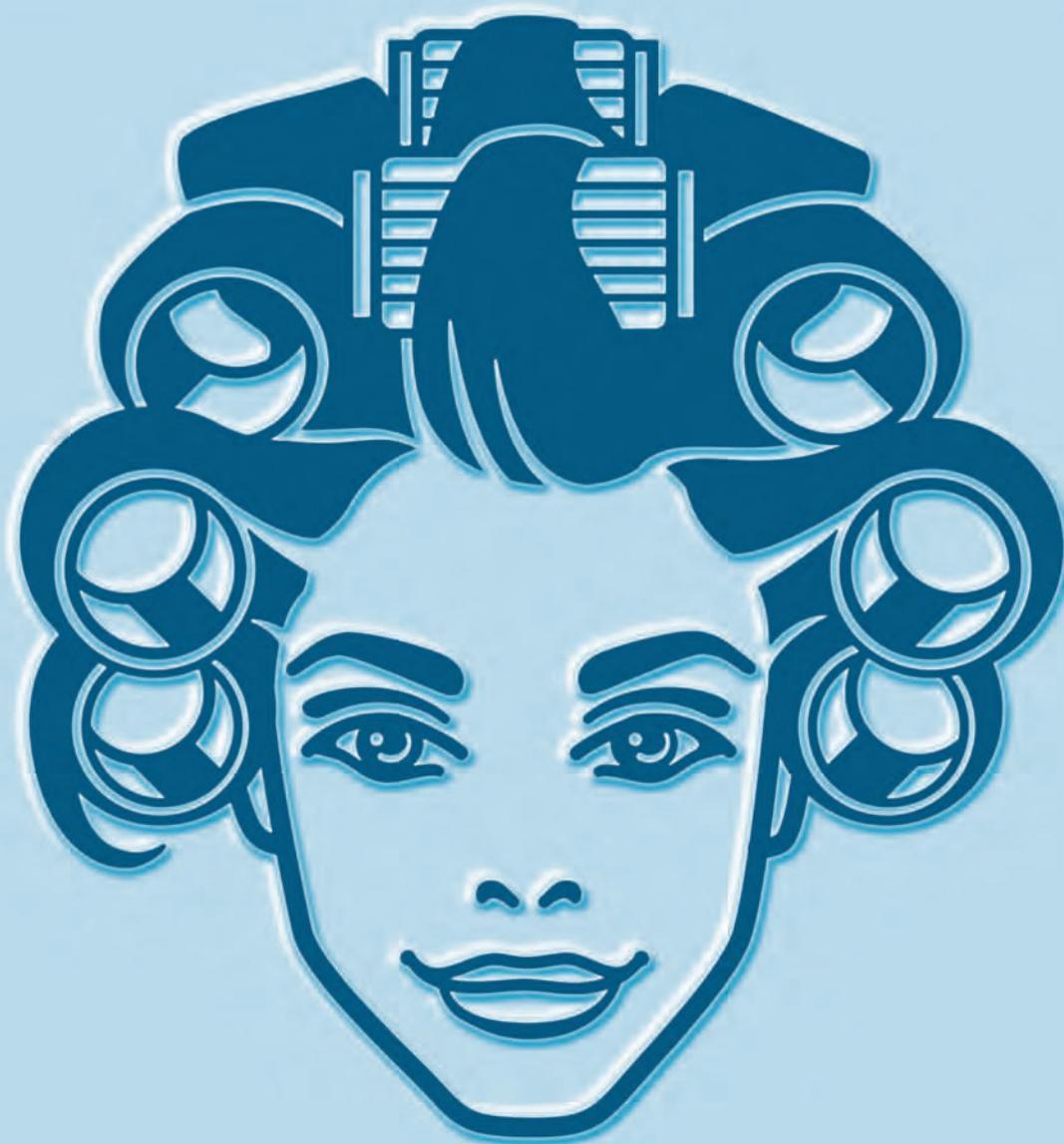
Zur Offensive geht's
nach links
Barbara Blaha & Dominik Gries

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z039338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 06



SCHERE-STEIN-PAPIER

Kunsthaus Graz



TROCKNEN SIE IHRE HAARE MIT WASSER.

Fast 90% seines Stroms produziert der Verbund aus heimischer Wasserkraft. Mit gutem Grund. Denn die Nutzung erneuerbarer Energie ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung, sondern entlastet bereits heute unser Klima. **SAUBERER STROM. SAUBERER PREIS.**

0800 210 210

www.verbund.at



Editorial



MIKE KELLEY, BILDVERGRÖßERUNG, MIKE KELLEY, SEX, DRUGS AND ROCK AND ROLL PARTY PALACE, 2009, COURTESY DES KÜNSTLERS, FOTO: MARY CLAIRE STEVENS

Die EU-Wahlen haben für die Sozialdemokratie eine bittere Niederlage gebracht. Das gilt nicht nur für Österreich, sondern für nahezu sämtliche sozialdemokratische Parteien außerhalb der Slowakei. Dieser Wahlgang war der erste halbwegs repräsentative politische Stimmungstest nach dem offenen Ausbruch der Rezession im Gefolge der Finanzkrise. In diesem Zusammenhang erhält auch der Schwerpunkt in diesem Heft, dessen Beiträge lang vor dem Wahldatum geplant und verfasst wurden, eine zusätzliche Aktualität. Wir haben mehrere AutorInnen darum ersucht, die Situation von Sozialdemokratie und Neoliberalismus im Angesicht der Krise zu überprüfen und Wege vorzuschlagen, bei deren Beschreitung unsere Doppelfrage »Das Ende des Neoliberalismus? – Ist die Sozialdemokratie dafür bereit?« mit einem klaren »Ja« beantwortet werden könnte.

Am Beginn dieses Heftes steht aber zunächst **Caspar Einems Ersteinschätzung** zum EU-Wahlergebnis. Seine kritische Bestandsaufnahme zeigt, warum es auch in EU-Fragen klare Positionen und konkrete Taten braucht, um Wahlen zu gewinnen – und warum ein Näherrücken an die Krone nicht reicht.

Vor dem Einstieg in unseren Schwerpunkt freuen wir uns diesmal über einen Beitrag von **Gabriele Michalitsch**, die **Geschlechterimplikationen der aktuellen Krisenbekämpfung** näher analysiert und damit ein in der politischen Debatte stark unterbeleuchtetes Thema aufgreift.

Der Wiener Politikwissenschaftler **Ulrich Brand** leitet daran anschließend unseren Schwerpunkt ein und zeigt sich dabei sehr **skeptisch, dass der Ausbruch der Krise automatisch progressive Kräfte stärkt**, vielmehr erkennt er Risiken in der Stärkung eines »**autoritären Neoliberalismus**«.

Die ehemalige ÖH-Chefin **Barbara Blaha** und **Dominik Gries** erläutern in ihrem Beitrag, wie sie sich diese **Stärkung der Sozialdemokratie als progressive Kraft** vorstellen.

Leonhard Dobusch und **Nikolaus Kowall** wiederum plädieren unter Rückgriff auf erfolgreiche Modelle der Sozialdemokratie für eine umfassende **Neukonzeption sozialdemokratischer Programmatik**, für einen »**Neoreformismus**«, um damit eine dauerhafte politische Hegemonie der Sozialdemokratie gegenüber dem Neoliberalismus wieder herstellen zu können.

»**Abschließende Bemerkungen**« von **Caspar Einem**, anlässlich seines Abschieds von seiner Funktion als Bezirksvorsitzender der SPÖ-Alsergrund, stellen wiederum zahlreiche Bezüge zu **Aufgaben, Problemen und Chancen der SPÖ als Partei** dar und schließen den Kreis unserer Schwerpunktbeiträge. Die am Ende des Artikels selbstgewählte Charakterisierung als »jetzt vollständig privatisiert« ist insofern unvollständig, als er sich in seiner Funktion als Chefredakteur der ZUKUNFT zum Glück auch hinkünftig in politische Fragen einbringen wird.

Der **sinnvollen und effektiven Gestaltung von Wahlkämpfen** widmet sich auf einer analytischen Ebene **Bernhard Herzog**. Es enthält ein starkes Plädoyer für die Nutzung und **Mobilisierung von Basisstrukturen** als zentraler Bestandteil erfolgreicher SP-Wahlkampagnen. Das ökonomische **Schlusswort** von **Markus Marterbauer** rundet das Heft ab: In dieser Ausgabe beschäftigt die Frage, was Europa eigentlich zur Konjunkturlokomotive fehlt.

Ein abschließender Hinweis noch: Zeitgleich mit dem Erscheinen dieser Ausgabe geht die runderneuerte Homepage www.diezukunft.at mit 16. 6. online. Ab sofort können ausgewählte Artikel des aktuellen Heftes gelesen und diskutiert werden, außerdem finden sich auch regelmäßig aktuelle Beiträge auf der Website, ebenso wie Bestell- und Kontaktmöglichkeiten und ein mit den Heften dieses Jahres gefülltes Archiv.



www.samariterbund.net

Rettungsdienst • Krankentransporte • Ambulanzdienst • Schulungen • Wasserrettung • Heimnotruf
• Essen auf Rädern • Hauskrankenpflege • Pflegeeinrichtungen • Wohnungslosenhilfe •
Flüchtlingsbetreuung • Wohlfahrtsstiftung • Entwicklungszusammenarbeit • Katastrophenhilfsdienst

UWE SCHINN THE MESSAGE_02, UWE SCHINN, THE MESSAGE,
2009, COURTESY GALERIE KAI HOELZNER

Inhalt

- 6 **In der Populismusfalle**
Von Caspar Einem
- 8 **SCHERE-STEIN-PAPIER** Kunsthhaus Graz
- 10 **Konjunkturpolitik ist Geschlechterpolitik**
Von Gabriele Michalitsch
- 14 **SCHERE-STEIN-PAPIER** Kunsthhaus Graz
- 16 **Schlechter Markt – guter Staat?**
Von Ulrich Brand
- 22 **SCHERE-STEIN-PAPIER** Kunsthhaus Graz
- 24 **Zur Offensive geht's nach links**
Von Barbara Blaha & Dominik Gries
- 22 **SCHERE-STEIN-PAPIER** Kunsthhaus Graz
- 30 **Plädoyer für einen Neoreformismus**
Von Leonhard Dobusch & Nikolaus Kowall
- 35 **SCHERE-STEIN-PAPIER** Kunsthhaus Graz
- 36 **Abschließende Bemerkungen**
Von Caspar Einem
- 43 **SCHERE-STEIN-PAPIER** Kunsthhaus Graz
- 44 **Die Politik ist am Boden**
Von Bernhard Herzog
- 48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Was Europa zur Konjunkturlokomotive fehlt**
SCHLUSSWORT von Markus Marterbauer

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.® Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.™ Dr.™ Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvořak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, DSA Senad Lacevic, Mag.® Alexandra Pernkopf, MMag.® Julia Raptis, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.™ Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag.® Daniela Stepp, Artur Streimelweger, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Cover:** Lucy McKenzie »Untitled«, 2002; The Museum of Modern Art, New York. Fund for the Twenty-First Century © 2009. Digital image, The Museum of Modern Art, New York/Scala, Florence

In der Populismusfalle

EUROPAWAHL 09 Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben in Österreich ein nicht ganz unerwartetes Ergebnis gezeitigt. Erschütternd ist es vor allem für die SPÖ. Ein Blick über die Grenzen zeigt allerdings, dass diese Wahlen der Sozialdemokratie in Europa insgesamt einen Schlag versetzt haben und dass der Populismusvirus nicht vor Grenzen Halt macht.

Im Populismus sind die Rechten besser. Diesmal haben sich alle Parteien, mit Ausnahme der Grünen, für den populistischen Weg entschieden. Die SPÖ für das A-Team, eine Nationalmannschaft, die – ja was? – gegen andere ebensolche spielt – für Österreich. Eine Vergewaltigung des gezeigten Teams, soweit man über die einzelnen „Spieler“ etwas weiß. Der Parteivorsitzende und Bundeskanzler hat sich aus alledem heraus gehalten. Nicht überraschend. Bloß einmal hat er sich zu EU-Fragen geäußert – und da diametral entgegen der Position der europäischen Sozialdemokraten und seines österreichischen Spitzenkandidaten, die klar gegen eine Wiederwahl von Kommissionspräsident Barroso positioniert waren. Nach dem Motto: Was kümmert mich die Position der Europäer, ich vertrete Österreich.

Die ÖVP hat beide Linien versucht – etwas mehr in Richtung rechter Populismus mit Strasser als Spitzenkandidat und mit dem ausgewiesenen und qualifizierten Europäer Karas an zweiter Stelle. Und weil diese Positionierung – für Österreich und gegen die Türkei – noch nicht genug war, muss Karas auch mit einem Foto eines schmalen Bürscherls für seine Wahl werben, das eine Abschreckung ist – optischer Rufmord.

Die Werbung der FPÖ – christliche Patrioten gegen Türkei und Israel – war leider gut gemacht. Diese Werbung bedient unmittelbar jene Gefühle, denen niemand wirksam entgegen gearbeitet hat und die zwischen den Zeilen vom größten Medium des Landes seit Jahren verstärkt und gefördert worden sind. Und natürlich soll Europa am österreichischen Wesen genesen. Was sonst. Aber anscheinend ist die FPÖ-Linie doch manchen zu weit gegangen. Freilich war nicht die FPÖ Dichands Wahl, sondern HP Martin – und wie üblich in der Krone natürlich nicht in offener Wahlempfehlung, sondern getarnt als redaktionelle Recherchen – etwa so: »Hans

Peter Martin deckt auf: EU-Beamte mit fürstlicher Pension im vorzeitigen Ruhestand.« Das sind die Geschichten, die die Menschen berühren. Drei Tage vor der Wahl als Titelzeile keine schlechte Werbung. Zugegeben, als Sozialdemokrat sollte man sich derzeit über diese Art von Hilfe nicht beschweren. Das ändert aber nichts daran, dass diese Entwicklung mehr als bedenklich ist.

Das BZÖ schließlich mit dem Dobermann a. D. Stadler, der garantiert unbestechlich ist – natürlich als unterschwellige Nachricht über die angebliche Bestechlichkeit derer in Brüssel gedacht. Bloß: Warum muss man das bei einem Kandidaten eigentlich dazu sagen? Noch ein strammer Rechter, weiter unterwegs in Österreich.

Bleiben von den im nationalen Parlament vertretenen Parteien nur noch die Grünen: Die sind zwar nicht in die Populismusfalle getappt, aber in die der emotionalen Schmalspur. Natürlich sind einzelgängerische Machos wie Voggenhuber eine schwere emotionale Belastung aller anderen. Bloß: Erfolgreich sind Parteien immer nur dann, wenn sie den emotionalen Spagat zwischen unterschiedlichen, auch weit auseinander liegenden Positionen ihrer Vertreter ertragen. Die Grünen haben sich auf schmale emotionale Bahnen begeben. Das bestraft der Wähler/die Wählerin.

BLICK ÜBER DIE GRENZE

Aus beruflichen Gründen musste ich am 4. und 5. Juni in Rom sein. Dort geriet ich abends unwillkürlich auf einen Platz, auf dem gerade zuvor noch Wahlwerbung für die italienische Rechte betrieben worden war. Nun bauten die treuen Helfer gerade die Zelte wieder ab. Und was war der Slogan? »Piu Italia in Europa« – mehr Italien in Europa. Bei uns eben mit österreichischen Vorzeichen. Aber was wollen alle diese

nationalistisch ausgerichteten Wahlbewegungen? Ist es nur das Misstrauen gegenüber allen anderen, allem Fremden? Was wollen österreichische Parteien, wenn sie mehr Österreich in Europa wollen? Was wollen italienische Parteien, wenn sie mehr Italien in Europa wollen? Und was wollen deren Wähler, die diese Orientierung massiv unterstützt haben?

Das Wahlergebnis hat die Hypothesen bestätigt. Zynisch könnte man dazu sagen: Die Sache der Sozialdemokratie hat durch das Wahlergebnis nicht Schaden nehmen können, denn sie wurde nicht zur Wahl gestellt. Aber man wird fragen dürfen, warum auf klare Positionierung verzichtet werden musste. Insoweit ist die SPÖ – nicht die KandidatInnen – zu Recht abgestraft worden. Wenn nicht sichtbar wird, wofür eine Partei steht oder wenn sichtbar wird, dass es im Grunde zwei Linien gibt, dann fragen sich viele, warum gerade diese Partei wählen.

Im Grunde müssen wir sogar noch dankbar sein, dass es die Liste Martin war, die 18 Prozent eingefahren hat. Hans Peter Martin hat zwar fünf Jahre lang nichts bewegt, aber er hatte die Krone hinter sich und hat den populistischen Anti-EU-Reflex bedient, ohne ins stramm Rechte abzukippen. Ein demokratiepolitisches Verdienst von Hans Dichand? Die Freiheitlichen haben ihren Stimmenstand verdoppelt. Ohne HPM hätte es noch mehr sein können. Und: wenigstens kein rechter »Volksanwalt« in Brüssel. Die ÖVP hat zwar auch verloren, jedoch dennoch nicht ganz zu Unrecht Platz eins erreicht. Sie ist sich einigermaßen treu geblieben.

WO IST DER EUROPÄISCHE TRAUM?

Vielleicht schwingt in all dem Ressentiment gegenüber der EU, in all den mehr oder minder nationalistischen Ansagen doch noch ein anderes mit: Vielleicht ist es der Traum, dass mehr von dem, was sich viele Menschen denken – etwa in einem weiten Sinn mehr Sicherheit und Geborgenheit – in der Welt realisiert werden möge. Und wenn schon das nicht möglich sein sollte, dann zumindest daheim und ohne Störung durch ferne Kräfte – etwa solche in Brüssel.

Bloß: Wenn wir wollen, dass wir, dass unsere Wünsche und Träume eine größere Rolle in der Welt spielen, dann geht das nur mit mehr Europa und nicht mit mehr Österreich, mehr Italien, mehr Polen usw. Und wenn wir eine friedliche und am Wohl der Menschen orientierte Welt wollen, dann geht es darum, diese EU zwar zu verändern in Richtung einer stärkeren sozialen Ausrichtung, aber sie zu stärken. Denn auch die heutige Union ist immer noch die stärkste soziale Kraft in dieser Welt des Wettbewerbs, des Kampfs jeder gegen jeden – derzeit in vielen Fällen sogar ums wirtschaftliche Überleben. Für dieses Ziel hätten wir allerdings mehr Sozialdemokratie, mehr Swoboda, aber auch mehr Karas, mehr Voggenhuber und auch mehr Lunacek gebraucht.

Eine Stärkung des Nationalismus in dieser Welt – zumal in einem kleinen Land – bedeutet bloß mehr Zwergendasein, mehr Illusion und weniger Wirkung. Eine bittere Lektion, die offenbar und leider erst gelernt werden muss.

Beide Regierungsparteien und die Grünen werden gut beraten sein, sich klar zu artikulieren, warum die EU eine unverzichtbare und außerordentlich nützliche Ergänzung zu den Möglichkeiten des Nationalstaates ist. Vor allem aber werden die Regierungsmitglieder gefordert sein, die Kommunikation dieser Frage offensiv zu betreiben. Sonst schwimmt die EU emotional davon.

Die SPÖ aber wird sich darüber klar werden müssen, dass es für die Sozialdemokratie nicht reicht, noch näher an die Krone zu rücken, sondern dass die, die sich's nicht selber richten können, nur eine Partei haben, die konkret für sie da sein könnte. Da geht es aber nicht um große Worte, sondern um konkrete Taten – vor Ort und in den Betrieben. Die Menschen müssen spüren können, auf wessen Seite wir stehen. ●

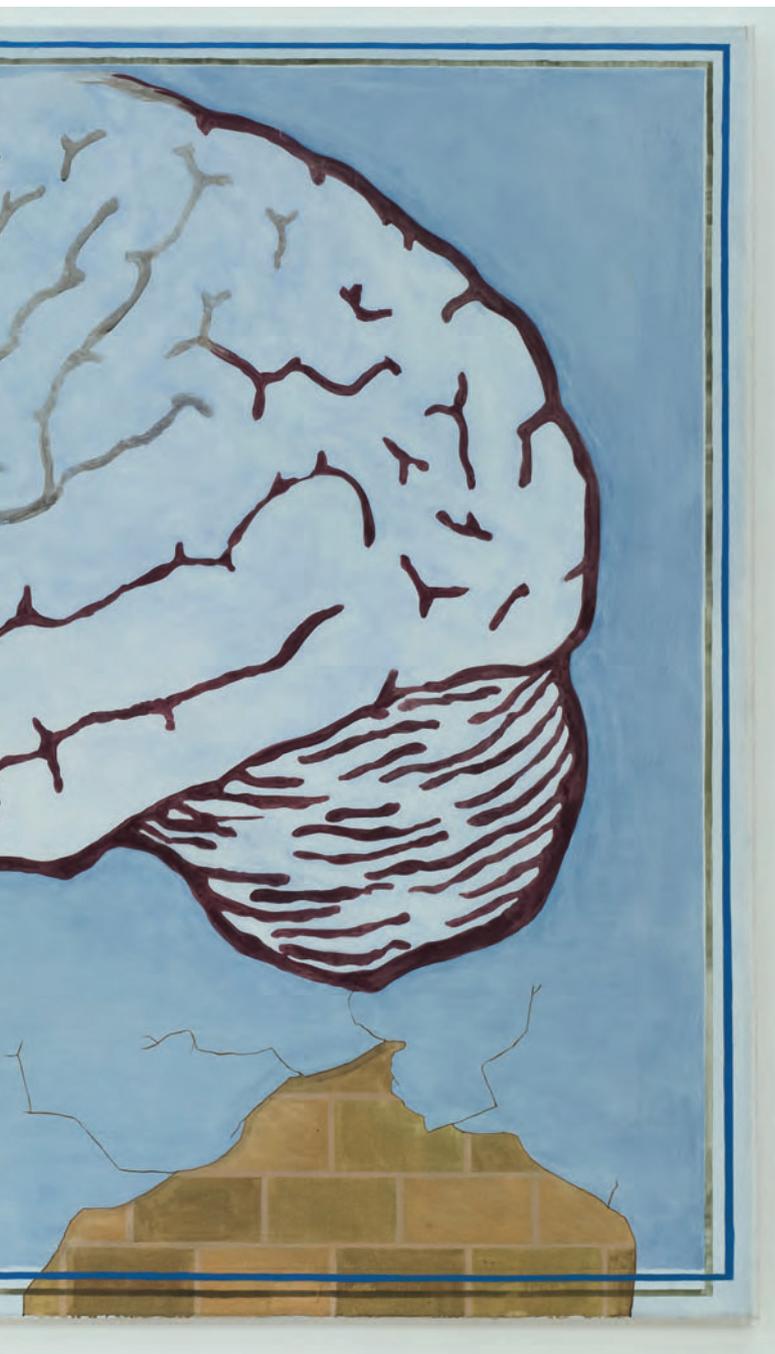
CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.

SCHERE-STEIN-PAPIER

Kunsthhaus Graz



LUCY MCKENZIE -UNTITLED-, 2002; THE MUSEUM OF MODERN ART, NEW YORK. FUND FOR THE TWENTY-FIRST CENTURY © 2009; DIGITAL IMAGE, THE MUSEUM OF MODERN ART, NEW YORK/SCALA, FLORENCE



SCHERE - STEIN - PAPIER

Pop-Musik als Gegenstand Bildender Kunst

Pop-Musik gilt als eine niedere, populäre Kunstform, die Bildende Kunst wird den hohen Künsten zugeordnet. Dieses Verhältnis hat sich in den letzten 50 Jahren nachhaltig geändert. Pop-Musik ist ein Hybride, den einst die Parallelität von Bild und Ton von Fernsehen, Fanmagazinen und Plattencovern hervorgebracht hat. Nicht musikalische Werte, sondern das Gefühl direkter Verbundenheit mit Personen bildet ihren Kern. Diese können als Sex-Objekte ebenso funktionieren wie als Verkörperung neuer Lebensformen. Für die Bildende Kunst ist diese Ausdrucksform ebenso ein Gegenstand wie eine Konkurrenzveranstaltung. In Schere - Stein - Papier sind Künstlerinnen und Künstler versammelt, deren Methoden und Fragestellungen die Körperpolitik, die Wissensproduktion und das Weltverhältnis der Pop-Musik für ihre eigenen Zwecke einsetzen.

Kunsthaus Graz am
Landesmuseum Joanneum
Lendkai 1, A-8020 Graz

06.06.2009 bis 30.08.2009
Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr

+43/316/8017-9200
www.museum-joanneum.at

Konjunkturpolitik ist Geschlechterpolitik

GESCHLECHTERPOLITIK Gabriele Michalitsch ist unserer Einladung gefolgt, geschlechterpolitische Aspekte der aktuellen Krise und ihrer Bekämpfung zu untersuchen. Ihr Befund: Die gegenwärtigen Konjunkturprogramme in Österreich zeigen eine tendenziell retraditionalisierende Wirkung. Doch gerade in der Thematisierung von geschlechterpolitischen Verteilungsfragen – sowohl Einkommen als auch Reproduktionsarbeit betreffend – liegen wichtige Instrumente zur Überwindung von Ineffizienz und Kosten der Krise.

Kritik besteht Foucault folgend darin, das, was in einer Gesellschaft als Wahrheit¹ anerkannt wird, auf seine Machteffekte und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin zu befragen. Die kritische Haltung charakterisiert er als »Kunst nicht dermaßen regiert zu werden« (Foucault 1992, 12). Regierung bezeichnet dabei eine Form von Machtausübung, die Individuen durch die Produktion von Wahrheit anleitet, lenkt, führt und so zu Subjekten formt. Ökonomie bedeutet folglich nicht nur Allokation von Ressourcen oder Produktion von Gütern und Dienstleistungen, Ökonomie reguliert soziale Beziehungen. Ökonomie als spezifische Form sozialer Regulation zu fassen, impliziert immer auch Fragen nach Macht und Wahrheit.

An diese Konzeption von Kritik anknüpfend, wird im Folgenden die mit der gegenwärtigen globalen Wirtschaftskrise einhergehende österreichische Konjunkturpolitik im Hinblick auf geschlechtsspezifische Macht- und Wahrheitseffekte untersucht. Aus dieser Kritik werden gleichzeitig mögliche alternative ökonomische Strategien im Kontext der aktuellen Krise entwickelt, die sich an der mittel- und langfristigen Stabilität des sozialen Gefüges orientieren. Grundlage eines solch langfristigen und auf soziale Stabilität ausgerichteten Denkhorizonts bildet die erste Lehre der aktuellen Krise: Sie bedeutet Unsicherheit, Ineffizienz und Kosten in kaum fassbaren Ausmaßen.

MACHTEFFEKTE

Wie auch immer die Diagnose der Krisenursachen ausfällt, Einigkeit besteht hinsichtlich des Befundes, dass die Finanzmärkte die ihnen zugeordnete Funktion der Koordination von

Kapitalströmen nicht mehr erfüllt und damit die in eine Phase konjunkturellen Abschwungs übergehende globale Wirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt haben. Während um Modifikationen des globalen Finanzsystems gerungen wird, versuchen die weltweit geschnürten Konjunkturprogramme, den Status quo ante herzustellen – und so nicht zuletzt bestehende Machtverhältnisse, auch zwischen den Geschlechtern, zu stabilisieren.

Der öffentliche Diskurs zu wirtschaftspolitischen Fragen hat sich im Laufe der Krise beträchtlich verschoben: Staatliche Intervention in Märkte gilt nicht länger als schädliche oder überflüssige Beschränkung, sondern avancierte zum Gebot der Stunde, die Effizienz des Marktmodells scheint zweifelhaft geworden, Fragen der Besteuerung werden neu gestellt. Im Kontext des österreichischen, zunächst keynesianisch anmutenden Stabilisierungsprogramms – Bankenhilfspaket, »Mittelstandsmilliarde«, Konjunkturpaket II und Steuerreform – ist ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel jedoch nicht erkennbar, neue Ideen sucht man vergeblich. Das Stabilisierungsprogramm konzentriert sich auf die Stützung von Banken und realwirtschaftlichem Unternehmenssektor, dem letztlich auch die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand zugute kommen.

Vernachlässigt wird hingegen die private Konsumnachfrage, der Ansatzpunkt klassischer keynesianischer Politik. Die Konjunkturmaßnahmen bieten keine Umverteilungsansätze zugunsten des unteren Einkommensdrittels, von dem die stärksten Wirkungen auf den privaten Konsum zu erwarten wären. Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge oder eine Ausweitung von Negativsteuer-Ansätzen hätte das untere

1) In westlichen Gesellschaften ist „Wahrheit“ Foucault folgend um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen produzierenden Institutionen zentriert. Permanenten ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt, wird sie vorrangig unter Kontrolle einiger weniger großer politischer und ökonomischer Apparate wie Universität, Armee und Massenmedien produziert und verteilt, in Erziehungs- und Informationsapparaten zirkulierend verbreitet und konsumiert. (Foucault 1978, 52)

2) Lediglich das im Konjunkturpaket II enthaltene verpflichtende Kindergartenjahr deutet vage in Richtung eines solch erweiterten Investitionsbegriffs, dessen Umsetzung wurde jedoch schon bald nach dem Beschluss verschoben.

Einkommensdrittel entlastet, die Steuerreform kommt jedoch vor allem dem mittleren und oberen Einkommensdrittel zugute, in dem Frauen deutlich unterrepräsentiert sind. Damit wird die Schere zwischen Arm und Reich, immer mit Geschlecht korreliert, tendenziell weiter aufgehen, soziale Polarisierung zunehmen, Abhängigkeit von Frauen gegenüber Männern und damit das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern verstärkt.

VERMINDERTE PARTIZIPATIONSCHANCEN

Ungenutzt blieb auch die Chance, dem beträchtlichen Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen² durch entsprechende Ausweitung öffentlicher Angebote zu begegnen, auf diese Weise in einem stark feminisierten Sektor Konjunktur stützend Arbeitsplätze zu schaffen, dabei der geschlechtsspezifischen Zuweisung des Berufsfeldes gezielt entgegenzuwirken und nicht zuletzt den steigenden Druck auf die Versorgungsökonomie zu reduzieren. Denn in Krisenzeiten kommt der nach wie vor primär Frauen zugewiesenen unbezahlten Arbeit im privaten Bereich eine besondere Pufferwirkung zu, soll sie doch mangelnde Kaufkraft durch mehr Eigenleistungen ausgleichen.³ Mehr unbezahlte Arbeit aber verringert in weiterer Folge Partizipationschancen vorrangig von Frauen am Arbeitsmarkt und stabilisiert so die geschlechtliche Arbeitsteilung mit allen sie begleitenden sozioökonomischen Geschlechterdisparitäten.

Doch die Konjunkturprogramme sind vorrangig darauf ausgerichtet, Männerarbeitsplätze – besonders im Bauwesen – zu sichern. Obgleich die von Frauen dominierten Branchen als weniger krisenexponiert gelten, steigt die Frauenarbeitslosigkeit kontinuierlich. Die Zahl arbeitsloser Frauen erhöhte sich zwischen Februar und April dieses Jahres von knapp 103.000 auf fast 111.000, während die Zahl arbeitsloser Männer im gleichen Zeitraum saisonbedingt von nahezu 199.000 auf 148.000 zurückging (AMS 2009). Dabei liegt die versteckte Arbeitslosigkeit von Frauen traditionell infolge fehlender Leistungsansprüche weit höher als die von Männern.

3) Dabei sind insbesondere öffentliche Betreuungsleistungen für Kleinkinder auch als Investition zu verstehen, da sie positive Wirkungen auf das kulturelle Kapital und damit längerfristig auf das ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft haben.

4) Etwa zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten und rund 85 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen.

Gerade die atypischen, oftmals prekären, marginalisierten weiblichen Beschäftigungsverhältnisse⁴ können im Bedarfsfall leicht gelöst werden. Dabei dürfte sich der seit den 1990er-Jahren anhaltende Trend zur Atypisierung vor allem von Frauenerwerbsarbeit im Zuge der Krise noch beschleunigen. Kaum Existenz sichernde Einkommen, mangelnde soziale Absicherung, erhöhte Armutsgefährdung und damit verbundener gesellschaftlicher Ausschluss sind die Folgen, die Lebensverhältnisse gerade von Frauen im Zuge der Krise verstärkt bestimmen – zumal diese infolge höchst ungleicher geschlechtsspezifischer Vermögensverteilung selten auf entsprechende Rücklagen zur Überbrückung von Krisenzeiten zurückgreifen können.

Darüber hinaus wird mit dem Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie die Bedeutung von Bildung und Qualifikation als Wirtschaftsfaktoren weiter steigen, die Konjunkturprogramme aber beschränken sich auf Sanierung von Schulgebäuden. Bildungsinvestitionen beziehen sich aber auf die Qualität von Bildung, dabei wäre auch der gesellschaftlichen Produktion und Verankerung von Stereotypen und in weiterer Folge geschlechtsspezifischen Segregationstendenzen im Bildungsverhalten entgegenzuwirken, denn sie verknüpfen sich mit gesellschaftlichen Schließungsmechanismen, die das in der Bevölkerung zu verortende ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft verringern. Das soziale Beziehungsgeflecht ist nicht nur Ziel des Wirtschaftens, es bildet auch dessen Fundament und wäre folglich als mittel- und langfristige Basis wirtschaftlicher Prosperität und damit als das »Investitionsobjekt« schlechthin zu verstehen (Esping-Andersen 2000, Bock-Schappelwein/Eppel/Mühlberger 2009).

Gerade dieses nur mittel- und langfristig zu steuernde menschliche Potenzial einer Ökonomie bleibt von den Konjunkturmaßnahmen unbelichtet. Gänzlich fehlen Ansätze, vor allem für benachteiligte Gruppen Zugangschancen zu Bildung zu fördern, indem adäquate soziale Voraussetzungen wie ein entsprechendes »bildungsfreundliches« Umfeld und ein soli-

darisches gesellschaftliches Klima – also Lebensbedingungen, die Lernen ermöglichen und dazu motivieren – geschaffen werden. Angst, Druck und erhöhte Unsicherheit samt individualisierten Überlebenskämpfen, wie sie politische Strategien vor allem der letzten Dekade charakterisieren, richten sich ausschließlich an den/die Einzelne, wirken dabei oftmals kontraproduktiv und lassen die Gestaltung individueller Rahmenbedingungen außer Acht. Vielmehr bedarf es integrativer Politiken, die auf Inklusion in die Gesellschaft zielen, um gerade marginalisierten Gruppen vermehrt gesellschaftliche Chancen auf Teilhabe zu eröffnen und damit der Vertiefung und Entladung sozialer, sich im Zuge der Krise verschärfender Konflikte entgegenzuwirken. Sozialer Auseinanderfall birgt nicht nur unschätzbare menschliches Leid, sondern auch hohe ökonomische Kosten – spätestens sobald gesellschaftliche Konflikte aufbrechen und sich in Streiks, Unruhen und Gewalt manifestieren.

Auf gesellschaftlichen Einschluss etwa von Migrant*innen oder Frauen zielende Projekte vielfältiger, oft zivilgesellschaftlicher Initiativen leisten demgegenüber essentielle Beiträge zur Schaffung eines stabilen sozialen Gefüges. Viele solcher Projekte scheitern an mangelnder, in den letzten Jahren oft gekürzter Finanzierung. Mit einer – selbst vorübergehenden – Aufstockung von Fördermitteln könnten nicht nur sehr rasch Arbeitsplätze generiert, sondern auch gesellschaftliche Partizipationschancen und so mittelfristig das ökonomische Potenzial erhöht werden.

Solche auf »gesellschaftliche Nachhaltigkeit« ausgerichtete Investitionen in das Soziale definieren die Zeitdimension ökonomischer Denk- und Handlungshorizonte neu und rücken soziale Stabilität ins Zentrum wirtschaftlicher Überlegungen.

GEGENWÄRTIGE KONJUNKTURPOLITIK

Demgegenüber lassen sich die geschlechtsspezifischen Machteffekte gegenwärtiger Konjunkturpolitik wie folgt zusammenfassen:

1. Verstärkte geschlechtsspezifische Einkommensdisparitäten als Folge der Steuerreform
2. Zunehmende, vorrangig Frauen zugewiesene unbezahlte Arbeit und damit verringerte Partizipationschancen am Arbeitsmarkt als Resultat fehlender Pflege- und Betreuungseinrichtungen und krisenbedingt steigenden Drucks auf die Versorgungsökonomie, die die geschlechtliche Arbeitsteilung mit allen sie begleitenden sozioökonomischen Geschlechterdisparitäten stabilisieren
3. Steigende Erwerbsarbeitslosigkeit von Frauen und verstärkte Atypisierung weiblicher Beschäftigung, die sozioökonomische Geschlechterdifferenzen vor allem im Hinblick auf Arbeitsmarktstatus, Einkommen und Zugang zu sozialer Sicherheit verstärken
4. Infolge mangelnder Bildungsinvestitionen bleiben insbesondere Stereotypenbildung und Segregationstendenzen im Bildungswesen unangetastet
5. Fehlende »Sozialinvestitionen« stabilisieren Ungleichheiten gesellschaftlicher Integration

Die beschlossenen Konjunkturprogramme blenden ökonomische Dimensionen des Sozialen aus und tragen dazu bei, Geschlechterhierarchien zu stabilisieren, indem sie bestehende Ungleichheiten affirmieren und asymmetrische Konstitutionsbedingungen von Geschlecht festschreiben. Österreichs Konjunkturpolitik wirkt demnach als retraditionalisierende Geschlechterpolitik. Gender Mainstreaming erweist sich dabei einmal mehr als wenig durchschlagskräftige Strategie. Ausdrücklich auf alle Politikbereiche hin konzipiert, kommt es doch – völlig sanktionslos – in wirtschaftspolitischen Kontexten, für die Gestaltung von Lebensverhältnissen zentral, nicht zur Anwendung.

WISSEN ALS GESCHLECHTERPRODUKTION

Krise und Konjunkturprogramme werden von öffentlichen Diskursen begleitet, die durch wiederholte Behauptungen, Frauen seien von der Krise nicht oder kaum betroffen, vor allem aber von De-Thematisierung von Geschlechterdimen-

sionen der Krise charakterisiert sind. Machteffekte von Krise und Konjunkturprogrammen werden nicht wahrgenommen – oder verschwiegen, Gleichstellungsforderungen dabei mit Verweis auf die Krise und ihre Kosten abgewehrt. Die Überwindung struktureller Unterordnung der mit dem Attribut »Frauen« markierten Gruppe spiegelt jedoch keine partikularen Interessen, sondern verbindet sich mit grundlegenden Fragen nach der Organisation von Ökonomie, Gesellschaft und Demokratie, die alle Gesellschaftsmitglieder betreffen und nicht trotz, sondern wegen der Krise zu stellen sind.

GRENZEN DES MARKTES

Dass öffentliche Diskurse konjunkturpolitische Geschlechtereffekte weitgehend negieren und entsprechende Stabilisierungsprogramme Akzeptanz finden, lässt sich nicht zuletzt mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream verbinden, der nicht nur Geschlecht als analytische Kategorie weitgehend ausblendet, sondern gleichzeitig von überwiegend impliziten Geschlechterentwürfen durchsetzt und von Maskulinität in Begriffen, Definitionen und Konzeptionen geprägt ist. So verschränkt sich etwa die definitorische Ausschließung der Reproduktion aus dem Feld des Ökonomischen mit der Etablierung einer binären modernen Geschlechterordnung und reduziert Ökonomie weitgehend auf das Marktsegment. Ansätze feministischer Ökonomik stellen demgegenüber Verknüpfungen von Markt, Non-Profit-Sektor, staatlicher Dienstleistungsökonomie und Reproduktionsbereich in den Vordergrund und identifizieren in der mit dem Reproduktionsbereich verknüpften Logik der »Sorge um andere« eine alternative ökonomische Rationalität.

Gerade hierin könnte ein Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise liegen: in einem Verständnis von Ökonomie, das das gesamte Feld wirtschaftlicher Aktivitäten einschließt und unterschiedliche ökonomische Rationalitäten erfasst. Wie soll das Verhältnis zwischen den ökonomischen Sektoren gestaltet werden? Welchen Regeln sollen sie gehorchen? Wo liegen die Grenzen des Marktes? In welchen Bereichen wären

LITERATUR:

AMS (2009): Arbeitsmarktdaten, [http://iambweb.ams.or.at/ambweb/](http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start)

AmbwebServlet?trn=start

Bock-Schappelwein, Julia/Eppel, Rainer/Mühlberger, Ulrike (2009): Sozialpolitik als Produktivkraft, Wien.

Esping-Andersen, Gøsta (2000): Social foundations of postindustrial economies, Oxford.

Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik?, Berlin.

Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin.

genossenschaftliche, kooperative, gemeinwirtschaftliche Modelle geeignet? All diese Fragen können letztlich nur in breiter demokratischer Auseinandersetzung geklärt werden. Wissenschaft aber fällt dabei die Aufgabe zu, Denkmöglichkeiten aufzuzeigen, das Spektrum der Ideen zu erweitern, schlicht gleichermaßen nach- wie vorzudenken. Als Grundlage aber setzt dies eine Pluralisierung der in den letzten beiden Dekaden mehr und mehr auf den Markt fixierten und an gewinnorientierter Markt-Verwertbarkeit ausgerichteten Wirtschaftswissenschaften voraus.

Fragen nach Wissenschaft als Wahrheitsproduktion und ihren Machtwirkungen laufen schließlich in einer Konzeption von Ökonomie als Form von Regierung zusammen. Aus der ökonomischen Regierung von Geschlecht lassen sich dabei Rückschlüsse auf Funktionsweise und gesellschaftliche Produkte ökonomischer Organisation ziehen, auf deren Grundlage alternative ökonomische Modelle weiterzuentwickeln sind – anknüpfend an Foucaults Bestimmung von Kritik im Hinblick darauf, nicht dermaßen, nicht auf diese Weise regiert zu werden. ●

GABRIELE MICHALITSCH

ist Ökonomin und Politikwissenschaftlerin und lehrt an der Universität Wien, der WU Wien und der Universität Innsbruck. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen soziale Ungleichheit, Verhältnis von Staat und Wirtschaft, feministische Theorie und Ökonomie.



ALBERT OEHLER, OHNE TITEL, 2009, BESITZ DES KÜNSTLERS,
FOTO: NICOLAS LACKNER, LANDESMUSEUM JOANNEUM



RENEE GREEN, RELATIONS: BRASIL +, 2009, COURTESY
DER KÜNSTLERIN UND FREE AGENT MEDIA

Schlechter Markt – guter Staat?

SCHWERPUNKT Ulrich Brand wirft in seinem Beitrag einen Blick auf postneoliberale Strategien und die Rolle der Sozialdemokratie. Er warnt vor einem verflachten Verständnis des Neoliberalismus und sieht die Sozialdemokratie derzeit für dessen Überwindung denkbar schlecht gerüstet. Dynamische Veränderung tue Not, um ein Abgleiten in einen autoritären Neoliberalismus zu verhindern.

Die aktuelle Krise der Finanzmärkte, die sich zu einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Krise verallgemeinert und zu einer veritablen Krise neoliberaler Strategien geworden zu sein scheint, kann nicht isoliert betrachtet werden. Wir erleben zudem eine tiefgreifende ökologische Krise, eine Krise der Ernährung und eine Energiekrise. Diese mehr oder weniger aktuellen, in ihrem Zusammenhang noch wenig thematisierten Entwicklungen artikulieren sich mit einer Krise politischer Repräsentation und Legitimation, deren Verlauf noch unklar ist.

Es spricht einiges dafür, dass die Option einer Restauration des Kapitalismus, wie er in den 1970er Jahren oder vor der jüngsten Krise existierte, keine gangbare Option ist. Und es deutet einiges darauf hin, dass sich in vielen europäischen Ländern eine Variante des autoritären Neoliberalismus herausbilden wird.

Die Krisen sind kein Grund für die Hoffnung, nun öffnen sich per se Möglichkeiten für progressive Politik. Im Gegenteil – und das könnten die anstehenden EU-Wahlen schon zeigen – dominieren in Krisenzeiten Angst sowie der Wunsch nach Sicherheit und Ordnung. Umgekehrt öffnen solche Zeiten noch stärker Einfallstore für die Suche nach Schuldigen, seien es »Brüssel«, die »Regierung« oder die »Ausländer«.

Dies ist der Kontext, in dem mir die Redaktion die Frage stellte: Ist die österreichische Sozialdemokratie – als gesellschaftspolitisches Spektrum wie auch als Partei im engeren Sinne – in der Lage, die neoliberale Hegemonie im Angesicht der schweren aktuellen Krise(n) zu überwinden bzw. was wäre für die Sozialdemokratie notwendig, um entsprechende Al-

ternativen zu formulieren und durchzusetzen? Ich kann diese Frage mangels Kenntnis der internen Debatten und Kräfteverhältnisse der Sozialdemokratie nicht direkt beantworten. Daher sollen eher einige inhaltliche und strategische Eckpunkte einer weiterführenden Diskussion formuliert werden.

Zunächst gehe ich auf Aspekte neoliberaler Hegemonie und vor allem auf die Rolle von Staat und Politik ein und beziehe sie auf die aktuelle Krise. Anschließend frage ich nach alternativen Politikverständnissen und –ansätzen und komme am Ende zu einer negativen Antwort, ob die derzeitige Sozialdemokratie für das »Ende des Neoliberalismus« bereit sei. Ich variere die Frage hinsichtlich einer »Krise des Neoliberalismus«, denn in einigen Bereichen sehe ich kein Ende, sondern – wie gesagt – eher einen Trend zu einem autoritären Neoliberalismus.

NEOLIBERALE HEGEMONIE, STAAT UND POLITIK

Eines der größten Probleme der gegenwärtigen Krisendiagnosen und Krisenpolitiken – quer durch das politische Spektrum – liegt darin begründet, dass einer Art »Markt-Staat«-Dichotomie auf den Leim gegangen wird. Neoliberalismus war viel und zu viel bzw. deregulierter Markt und nun soll der Staat es richten. Dabei wird unterschätzt, dass es durchaus Marktregulierungen gab, die jedoch spezifische Gruppen bevorteilten und andere nicht, und dass der Staat selbst transformiert wurde. Neoliberalismus war nicht lediglich ein Projekt von »mehr Markt«, sondern impliziert einen grundlegenden Gesellschaftsumbau: Hin zu mehr Konkurrenz, zu mehr Macht für die Eliten, zu höherer gesellschaftlicher Produktivität, zu einem Umbau des Staates, zu einer intensiveren Nutzbarmachung der natürlichen und menschlichen Potentiale von an-

deren Ländern und Weltregionen – und weg von auf Gerechtigkeit zielenden und Marktmacht korrigierenden Politiken (umfassend Butterwegge et al. 2008).

Grundlegende Veränderungen wurden im parteipolitischen Spektrum kaum begriffen. Insbesondere die Sozialdemokratie verbleibt weitgehend in einem »fordistischen Paradigma«. Die aus Sicht der Lohnabhängigen prosperierende Entwicklungsperiode zwischen den 1950er und 1980er Jahren soll wieder hergestellt werden. Damit werden strukturelle Änderungen übersehen und wichtige Fragen ausgegrenzt.

WETTBEWERBSKORPORATISMUS

Meine grundlegende These lautet, dass eine Schwäche progressiver Kräfte darin besteht, die neoliberal verschobenen Kräfteverhältnisse hin zu bestimmten, vor allem weltmarktorientierten Kapitalfraktionen und konservativen Kräften sowie den Elitencharakter des Neoliberalismus einerseits nicht begriffen zu haben und andererseits bislang nicht verändern zu können. Deutlich wird das an der strategischen Ausrichtung und der Schwächung der Gewerkschaften. Sie sind weitgehend eingebunden in einen »Wettbewerbskorporatismus«, der neben den Interessen der Lohnabhängigen auch (und zuerst?) den Wirtschaftsstandort verteidigt.

An ihrer Schwächung haben die Gewerkschaften durchaus selbst Anteil, doch das neoliberale Projekt ist im Kern eines der herrschenden Klassen und der ihnen verbundenen politischen Eliten, um die Gewerkschaften zu schwächen (Urban 2008). Die Sozialdemokratie hat das entweder nicht begriffen oder aktiv mitgemacht. (Letzteres trifft zweifellos für die Schröder-SPD in Deutschland zu.)

Die tiefgreifende Transformation der Kräfteverhältnisse zeigt sich auch an den dominanten Formen aktueller Krisenintervention: Sie ist von oben gestaltet und setzt nicht auf die Umverteilung von Vermögen (dessen Verteilung sich krisenbedingt etwas angleichen wird) und von politischer Macht. In

der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise dominieren staatsinterventionistische Politiken, die auf den ersten Blick nicht mehr neoliberal sind, aber bei genauerem Hinsehen eben jene mächtigen Gruppen bevorzugen, die in den letzten zwanzig Jahren von den neoliberalen Entwicklungen profitierten (vgl. Brand 2009). Am deutlichsten wird das bei den laschen Kontrollen des österreichischen »Bankensicherungspakets«.

Das ist das Dilemma der Sozialdemokratie. Sie wird nur stärker werden, wenn sie Konzepte vorlegt und Politiken verfolgt, mit denen die Gewinner des neoliberalen Kapitalismus deutlich geschwächt werden und Verteilungspolitik umfassend verstanden wird: als gerechtere Verteilung von gesellschaftlichem Vermögen und Einkommen, aber auch von gesellschaftspolitischer Macht. Das ist aber kaum sichtbar.

Doch zurück zur Frage des neoliberalen Staates. Sehr grundlegend betrachtet ist der Staat nicht die Verkörperung gesellschaftlicher Allgemeininteressen und zuständig für die Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme. Das ist er auch. Es gibt durchaus Handlungsmöglichkeiten, um diese asymmetrischen Verhältnisse gerechter zu gestalten. Staatliche Politik kann intendieren, gegen negative Auswirkungen anzugehen, indem kapitalistische Konkurrenz eingehegt wird (etwa gegen die freie Konkurrenz der Löhne auf dem Arbeitsmarkt). Vor allem aber ist der Staat Teil kapitalistischer, patriarchaler, imperialer und rassistischer gesellschaftlicher Verhältnisse (Poulantzas 2002, Kreisky 2009, Sauer 1999). Die Klassen-, Geschlechter- und ethnischen Verhältnisse werden durch den Staat eher abgesichert als infrage gestellt. Aber der Staat fördert auch Konkurrenz und sichert sie nach innen (etwa über Wettbewerbspolitik) wie nach außen (über »Standortpolitik«) ab.

Der Begriff des »nationalen Wettbewerbsstaates« wurde von Joachim Hirsch geprägt (1995). Er will damit auf die Tatsache hinweisen, dass der Staat im Globalisierungsprozess nicht verschwindet, sondern sich tiefgreifend verändert. Sozialpolitische Funktionen werden zurückgedrängt, wettbewerbspoli-

*) So der damalige deutsche Wirtschaftsminister Wolfgang Clement am 12. Juni 2005.

tische gewinnen an Bedeutung. Gesellschaftliche Gestaltung gegen herrschende Interessen wird aufgegeben zugunsten einer am »ökonomisch Machbaren« orientierten Realpolitik. Die politische Klasse bringt das auf den Punkt: »Deshalb muss internationale Wettbewerbsfähigkeit der erste, klarste Bezugspunkt für nationale Politik sein.«* Sinkende Steuereinnahmen und das Dogma, dass »der Markt« es besser könne, führen zudem zu Privatisierung vormals öffentlicher Unternehmen und der Daseinsvorsorge. Die Demokratie des Wettbewerbsstaates reduziert jene tendenziell darauf, inwieweit sie zur Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit beiträgt.

ZUNAHME VON REGULIERUNG

In Bereichen wie Migrations-, Militär- oder Sicherheitspolitik ist eine Zunahme von Regulierung zu beobachten. Es geht also nicht pauschal um verringerte Regulierungskompetenzen der nationalstaatlichen politischen Institutionen, sondern um spezifische – und weiterhin umkämpfte – Veränderungen staatlicher Politik, die zuvorderst den Interessen dominanter Gruppen nutzen. Dazu gehört auch eine gut ausgebildete und vom Globalisierungsprozess profitierende Mittelklasse in allen Ländern.

Für sie brachten die Produktivitätsgewinne, internationale Arbeitsteilung, ethnisch, klassen- und geschlechtsspezifisch segmentierte Arbeitsmärkte bis in die Zeit vor der aktuellen Krise materielle Vorteile. Der neoliberale Gesellschaftsumbau wurde (und wird) – abgesichert durch die Medien – von vielen aktiv unterstützt oder als alternativlos hingenommen. Was die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre ist, könnte sich ab dem Jahr 2010 akzentuieren, wenn nämlich um die Kostenaufteilung der gegenwärtigen Kriseninterventionen gerungen wird: Die Schwächung materieller Verteilungsspielräume des nationalen Wettbewerbsstaates wird durch rassistische, chauvinistische und populistische Diskurse auszugleichen versucht.

Die Veränderungen der letzten Jahrzehnte können an weiteren Bereichen verdeutlicht werden. Die Formen der

Lohnarbeit haben sich vom Modell des männlichen Familienernährers, dessen Einkommen für eine Familie zum Leben ausreicht, wegentwickelt. Das ist nicht nur schlecht, sondern hat auch emanzipatorische Elemente, insbesondere was die Geschlechterverhältnisse betrifft. Und dennoch überwiegt ein Trend zur Flexibilisierung und Prekarisierung, d. h. Menschen können immer weniger von ihrem Lohneinkommen leben. Diese Entwicklung, die als Kern neoliberaler Arbeitsverhältnisse begriffen werden kann, wird von der Sozialdemokratie nicht infrage gestellt.

Dabei gibt es intensive Diskussionen um Alternativen, etwa im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Gewerkschaften zu »guter« bzw. »würdiger Arbeit« (decent work) an, die aber nicht nur die Wiederherstellung fordristischer (und meist männlicher) Normalarbeitsverhältnisse im Blick haben. Hier sind unter »postneoliberalen Bedingungen« sehr harte Auseinandersetzungen zu erwarten. Eine progressive sozialdemokratische Position würde entsprechend nicht nur an staatlicher Umverteilung und Steuerpolitik ansetzen, sondern an der Verteilung der Primäreinkommen. Und sie würde versuchen, den Begriff der Arbeit weiter zu fassen als den der Lohnarbeit.

Ob die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändert werden können, ist eine der entscheidenden Fragen, an denen sich die Legitimität des politischen und dann auch des ökonomischen Systems messen lassen muss. Neben den staatlichen Politiken werden die kommenden Lohnverhandlungen zeigen, in welche Richtung sich die Verteilung von gesellschaftlichem Einkommen, Vermögen und Macht entwickelt.

Völlig unterschätzt wird in der anfangs problematisierten »Markt-Staat-Dichotomie« eine zentrale Entwicklung der letzten dreißig Jahre, nämlich politische, ökonomische und kulturelle Aktivitäten jenseits von Markt und Staat. Der nicht-profitorientierte Dritte Sektor – oftmals staatlich gestützt – hat sich zu einem wichtigen Beschäftigungsfeld entwickelt. In

Österreich machen die Arbeitsplätze (nach Vollzeitäquivalenten) cirka 3,4 Prozent aller Arbeitsplätze aus. (Neumayr et al. 2007, wobei die Statistiken etwas veraltet sind), für Wien wird der Anteil auf cirka 6 Prozent geschätzt (Auer et al. 2005). In Bereichen wie soziale Dienste, Kultur, Bildung oder Umweltschutz macht der Non-Profit-Bereich die Hälfte der Beschäftigung aus. Die Diskussion und Ansätze einer solidarischen Ökonomie (Altwater/Sekler 2006) gehören ebenfalls zu dieser Diskussion wie der Bereich der ehrenamtlichen Beschäftigung. Und auch die politische Selbstorganisation von Menschen in zivilgesellschaftlichen Organisationen bringt Erfahrungen und Lernprozesse hervor, die in der aktuellen Krisensituation viel stärker berücksichtigt werden sollten, verschwinden in der dominanten Thematisierung von Markt und Staat.

Schließlich: Die aktuelle Krise und ihre dominante Thematisierung verdecken andere gesellschaftliche Probleme. Prominent ist hier die ökologische Krise zu nennen, die vor zwei Jahren noch ganz oben auf der politischen Agenda stand – zumindest auf der für die Öffentlichkeit bestimmten. Man erinnere sich an die Prominenz des Klima-Themas beim G8-Treffen im Juni 2007 in Heiligendamm. Nun wird Umwelt wieder als »Kostenfaktor« zum sekundären Problem gestuft und mit einer Verschrottungsprämie für Autos werden alle Konzepte zum Umbau des Verkehrssystems düpiert. Allen Diskussionen um einen »grünen New Deal« zum Trotz. Aber auch geschlechter- oder migrationspolitische Fragen haben es derzeit schwer, zumal wenn sie in progressiver Hinsicht politisch bearbeitet werden sollen. Und insbesondere die Vorschläge für einen Umbau der Weltwirtschaft hin zu einem weniger konkurrenzgetriebenen System finden derzeit kein Gehör. Der Nationalstaat (allenfalls EU-Europa) ist zur zentralen Handlungsebene in der Krise geworden.

Doch bei allen berechtigten Forderungen gegen eine Verschlimmerung der Krise hierzulande gerät aus dem Blick, dass die Produktions- und Konsummuster, wenn man so will: die »imperiale Lebensweise« in den reichen Ländern, auch auf den

natürlichen Ressourcen der Welt und der billigen Arbeitskraft anderswo aufrucht. Hier eine Diskussion zu beginnen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, stünde einer progressiven Partei heute gut an, wenn sie auf der Höhe weltgesellschaftlicher Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten agieren will. Progressive Politik setzte historisch immer darauf, dass nicht nur politisch-institutionell und ökonomisch Veränderungen erreicht werden, sondern auch im Alltagsverstand und in der Praxis der Menschen. Hier setzten sozialdemokratische Bildungspolitiken an, dies waren und sind Einsatzpunkte sozialer Bewegungen und von nicht-staatlichen Organisationen, hier ist die Genossenschaftsbewegung zu verorten.

KRISE DER REPRÄSENTATION

Zu Beginn des Beitrags wurde die tiefgreifende Krise der Repräsentation erwähnt. Dabei geht es nicht darum, dass die Parlamente und Regierungen nicht die gesellschaftspolitischen Orientierungen der WählerInnen ausdrücken. Vielmehr wird dem politischen System kaum mehr zugetraut, die wirklichen gesellschaftlichen Probleme jenseits der aktuellen Krisenpolitik angehen zu wollen und effektiv bearbeiten zu können. Die Parteien verlieren immer stärker an Profil. Deutlicher als noch vor fünfzehn oder dreißig Jahren ist zudem, dass Parlamente immer stärker zu Akklamationsmaschinen und öffentlichen Bühnen pseudo-kontroverser Auseinandersetzungen geworden sind.

Die Wiederherstellung demokratischer Strukturen und Prozesse, zu denen auch Parteien und Parlamente gehören, wird kaum thematisiert. Auch die SPÖ bleibt in einem partei- und wahlpolitischen Konkurrenzdenken gefangen, was zwar angesichts der Wahlergebnisse und insbesondere der Gefahr, in Wien deutlich zu verlieren, nicht von der Hand zu weisen ist. Und dennoch ist gerade in einer solchen Situation vorwärtsweisendes Denken wichtig. Der Versuch, linke Politik wieder zu reformulieren (Drohse 2009) scheint kaum unternommen zu werden. KritikerInnen und nicht-parteiliche Akteure werden entweder als störend empfunden oder es wird versucht,

sie zu instrumentalisieren. Bei der SPÖ handelt es sich kaum um eine Repräsentanz progressiver, neoliberale Politik wirklich infrage stellenden Anliegen. Streitkultur und Selbstreflexion, Lernprozess und Pluralität zeichnen sie nicht gerade aus.

Die Partei ist unattraktiv für jene gesellschaftlichen Akteure, die am sensibelsten die neuen bzw. nicht bearbeiteten Probleme anzeigen, nämlich soziale Bewegungen und progressive zivilgesellschaftliche Organisationen. Die Kritik an der neoliberalen und imperialen Globalisierung wurde ja nicht umsonst von einer pluralen globalisierungskritischen Bewegung formuliert. Einige politische Spektren, die der SPÖ nahe stehen – SJ oder VSStÖ –, verstehen sich als Teil dieser Bewegung, finden aber scheinbar mit ihrem Themen wenig Rückhalt.

Anerkannt werden müsste in der Partei und in ihrem Umfeld, jenseits von öffentlicher Aufmerksamkeit und Wahlarithmetik: Wirkliche Alternativen entstehen nicht durch eine Partei und ein Programm, sondern durch eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, dominanter Orientierungen und ein sich nach und nach entwickelndes gegen-hegemoniales Projekt (zum kritischen Hegemoniebegriff Buckel/Fischer-Lescano 2007). Dann können aus der gegenwärtigen Angst von vielen Menschen wieder befreiende Lebens- und Handlungsentwürfe entstehen. Das müsste an vielen Orten geschehen – etwa in Betrieben, Schulen, Hochschulen, Medien, alltäglichen Beziehungen.

Eine progressive Sozialdemokratie könnte das Stimmungsklima leicht verschieben und damit Denk- und Handlungsräume öffnen, die in der vermeintlichen Alternativlosigkeit des Neoliberalismus dringend notwendig sind. Sie könnte in Auseinandersetzungen mit Bewegungen und Intellektuellen die Grenzen ihrer aktuellen traditionell-sozialdemokratischen Positionen verschieben. Etwa die Widersprüche anerkennen, die sich in einem produktiven und exportorientierten Land wie Österreich ergeben für die Entwicklung einer solidarischen und ökologischen Weltordnung, was nämlich den radi-

kalen Umbau von Produktions- und Konsummustern beinhaltet. Sie müsste feministische und antirassistische Positionen systematisch berücksichtigen, sich einlassen auf die zentrale Frage der Entkopplung von Einkommen und Lohnarbeit. An alternativen Ideen mangelt es ja nicht (Felber 2006, Brand et al. 2007).

AUTORITÄRE NEOLIBERALISMUS?

Wir erleben derzeit ein Paradox, das progressive Politik be-greifen und Umgangsweise dafür entwickeln muss. Zum einen gibt es eine Legitimationskrise neoliberaler Politik, gleichzeitig erleben wir aber keine grundlegende Veränderung neoliberaler Kräfteverhältnisse.

Die aktuelle Gefahr liegt darin, dass wir auf eine autoritäre Variante des Neoliberalismus hinsteuern (Candeais 2004, zur Diskussion unter dem Begriff Postneoliberalismus Brand/Sekler 2009). Dies wird von der SPÖ bislang eher bedient als dass Alternativen entwickelt werden. Dass viele von Abstiegsangst sich bedroht fühlende oder real bedrohte Menschen eher zu autoritären als zu progressiv-veränderungsbereiten Orientierungen tendieren, wissen wir sehr gut.

Umso wichtiger wäre es für progressive Kräfte und gerade für eine große Partei, die ja bei der Interpretation der Verhältnisse und Ausarbeitung gesellschaftlicher und individueller Orientierungen eine wichtige Rolle spielen, die autoritären Muster zu durchbrechen. Auch hier sind wir wieder bei der Frage gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Denn die SPÖ ist so lange unglaubwürdig als progressiver Akteur, solange sie eine derart lasche Krisenregulierung zum Vorteil der politischen und ökonomischen Eliten zulässt.

Vor diesem Hintergrund scheint mir die Antwort auf die Frage »Das Ende des Neoliberalismus – ist die Sozialdemokratie dafür bereit?« gegenwärtig ein klares Nein zu sein. Das ist bedauerlich und man kann nur hoffen, dass die progressiven Kräfte innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie gestärkt

werden. Dazu müssen die aktuelle Konstellation und ihre dynamische Veränderung begriffen werden. Die SPÖ droht sonst in der Zaghaftheit und Defensive zu einer mittelgroßen Partei mit hohem Macht- und geringem Gestaltungsanspruch zu werden.

ULRICH BRAND

ist Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

LITERATUR:

- Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (2006): *Solidarische Ökonomie*. Hamburg.
- Auer, Eva/Reiter, Walter/Wetzel, Petra (2005): *Der Dritte Sektor als arbeitsmarktpolitischer Akteur – Status Quo und Herausforderungen in überregionaler Perspektive*. Wien.
- BEIGEWUM - Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (2008): *Forderungen zur Finanzkrise*, November (Zugriff 31.3.2009); www.beigewum.at
- Brand, Ulrich (2009): *Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2009, 93-101.
- Brand, Ulrich/ Lösch, Bettina/ Thimmel, Stefan (Hg., 2007): *ABC der Alternativen*. Hamburg.
- Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (Hg., 2009): *Postneoliberalism. A beginning debate*. *Development Dialogue* Nr. 51 der Dag-Hammar-skjöld-Stiftung, Uppsala.
- Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (Hg., 2007): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg., 2008): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Hamburg und Berlin.
- Drohse Franziska (Hg. für den Bundesvorstand der Jusos, 2009): *Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft*. Frankfurt/M. und New York.
- Felber, Christian (2006): *50 Vorschläge für eine gerechtere Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus*. Wien.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin; Amsterdam.
- Kreisky, Eva (2009): *Neoliberalismus, Entdemokratisierung und Geschlecht*. In: Bisky, Lothar et al. (Hg.): *Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven*. Berlin, 75-92.
- Neumayr, Michaela/Schneider, Ulrike/Meyer, Michael/Haider, Astrid (2007): *The Non-profit Sector in Austria - An economic, legal and political appraisal*. Working Paper 1/2009, Institut für Sozialpolitik. Wien.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie*. Hamburg.
- Sauer, Brigitte (1999): *Es rettet uns (k)ein höheres Wesen. Neoliberale Geschlechterkonstrukte in der Ära der Globalisierung*. In: Stolz-Willig, Brigitte/ Veil, Mechthild (Hg.): *Es rettet uns kein höheres Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft*. Hamburg, 215-239.
- Urban, Hans-Jürgen (2008): *Die postneoliberale Agenda und die Revitalisierung der Gewerkschaften*. In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden, 355-373.

SCHERE-STEIN-PAPIER
Kunsthaus Graz



NICO VASCELLARI, LAGO MORTO, 2009 COURTESY DES KÜNSTLERS
UND GALLERIA MONITOR, ROM, FOTO: ANONYMES PUBLIKUMSFOTO,
ENTSTANDEN WÄHREND DER SHOW IM MAX VIDEO MEGA STORE, VIT-
TORIO VENETO (IT)



Zur Offensive geht's nach links

SCHWERPUNKT Für Barbara Blaha und Dominik Gries steht fest: Die Krise kann Chance für die Sozialdemokratie sein – wenn sie die richtigen Schlüsse zieht. Einer dieser Schlüsse lautet wohl auch: »Mehr Demokratie wagen!« Und damit sind vor allem auch die eigenen Strukturen gemeint.

Es könnte so schön sein: An der Wall Street brechen die Kurse ein, die Heuschrecken bekommen Insekten-grippe und auf einmal ist Bausparen wieder sexy. Der Neoliberalismus? Am Ende. Die Sozialdemokratie? Stark wie selten zuvor.

Und dann sind wir aufgewacht. Denn die Nachrichten vom Ableben des Neoliberalismus sind mehr als verfrüht. Wie der Rechtspopulismus (der nach Schwarz-Blau/Orange ebenso am Boden lag) wird auch der Neoliberalismus den Teufel tun und sich von selbst in den Orkus der Geschichte verabschieden. Ein Kardinalfehler wäre es daher, die Härte der Auseinandersetzung der Ideen zu ignorieren oder dabei den Gegner zu unterschätzen. Die große Stärke des Kapitalismus ist seine Wandlungsfähigkeit – zwischen dem Kapitalismus der frühen Industriegesellschaft, dem sozialstaatlich oder sozialpartnerschaftlich vermeintlich gebändigten Kapitalismus oder seiner neoliberalen Ausprägung liegen Welten – und dahinter doch das gleiche Prinzip. Auf ein mögliches Ende des Neoliberalismus folgt, ja, was genau? Alter kapitalistischer Wein in neuen Schläuchen?

STARKE POSITIONEN

Die Krise beendet den politischen Wettstreit der Ideen nicht, sie verschärft ihn und damit die Anforderungen an die Sozialdemokratie. Gelingt es ihr, diese Herausforderung zu meistern, kann sie aus der Krise gestärkt hervorgehen. Für die Sozialdemokratie kann das nur bedeuten, in dieser Auseinandersetzung starke, attraktive und vor allem inklusive Positionen einzunehmen. Es geht also nicht um ein Gerüstet-Sein für das Ende des Neoliberalismus, sondern darum, dass die SPÖ dieses chancen- wie risikoträchtige Zeitfenster ausnützt, um das

politische Koordinatensystem einen deutlichen Schritt nach links zu verschieben, neue Mehrheiten gewinnt und wieder beginnt, um programmatische Deutungshoheit zu kämpfen.

Angesichts der dramatisch steigenden Arbeitslosigkeit und der Angst der Menschen vor Wohlstandsverlust ist die Gefahr einer erstarkenden Rechten offensichtlich. Die Rechten haben ihre universale Antwort, ihren Sündenbock, auf die Krise bereits gefunden: Ausländer, Asylanten, Arbeitsscheue. Findet die Sozialdemokratie keine Deutung der Ereignisse, die sich dagegen durchsetzt, sehen wir im besten Fall Schwarz-Blau III auf uns zukommen – und im schlechtesten Fall einen Bundeskanzler Strache.

Wie ist die Sozialdemokratie für diese Situation aufgestellt? Alles andere als optimal. Zwar tanzt Faymann auf vielen Festen und kaum eine Gelegenheit wird ausgelassen, um den Kanzler in ein vermeintlich gutes Licht zu rücken. So wird ein Werksbesuch in Simmering vom »Kanzler der Kameras« genauso medial genützt wie eigens Events kreiert werden, um Mitglieder und Funktionäre auf »neue Politik« zu den Klängen der Bundeshymne einzuschwören. Selbst das Web 2.0 hat die SPÖ für sich entdeckt, es werden emsig Freundschaften auf Facebook gesammelt, selbst per Youtube wendet sich Faymann an die Wähler.

Image und mediale Inszenierung sind zweifellos wichtig in einer Gesellschaft, die sich am Bildhaften immer mehr orientiert; auch Kommunikation ist Politik, und hier soll kein Gegensatz zwischen dem guten wahren Inhalt und der immer leicht unmoralisch-unehrenvollen Ebene der Inszenierung behauptet werden. Der Vergleich zur Amtszeit von Alfred

Gusenbauer legt dennoch deutliche Kontinuitäten offen: Die Regierungsabkommen unterscheiden sich kaum, nach wie vor sind Beiträge für tatsächlich linke Politik allenfalls als Randgeräusch weit weg von Wien zu hören. In der Führungsspitze der SPÖ wird die Frage nach dem »Was« nicht gestellt. Im Vordergrund steht das »Wie«. Der Sozialdemokratie mangelt es an der Substanz.

STRATEGISCHE ZWICKMÜHLE

Doch Faymanns Wellnessisierung der Sozialdemokratie sorgt immerhin dafür, dass sich die Sozialdemokratie allem Anschein nach wieder liebhat. Die grundsätzliche strategische Zwickmühle ist dieselbe, die vielleicht schon Vranitzky und Gusenbauer beschäftigte: Wie kann eine SPÖ in einer Großen Koalition ihr sozialdemokratisches Profil behalten, ohne mit der eigenen Programmatik ständig gegen die ideologischen Betonwände der ÖVP zu knallen? Faymanns Ansatz ist offenbar eine bis in die Unkenntlichkeit verwaschene Sozialdemokratie, von der am Ende nur übrig bleibt, irgendwie für die Menschen da zu sein.

Die inhaltlichen Schwächen der SPÖ bleiben somit bestehen, bloß die Schminke darüber ist – zumindest kurzfristig – effektiver.

Eine starke Sozialdemokratie muss aber gerade in Zeiten der Krise die soziale Frage nicht nur stellen, sondern auch Antworten auf sie finden. Das berührt jeden Politikbereich, wobei hier nur wenige gestreift werden können.

Die Verteilungs- und Steuerpolitik steht natürlicherweise im Zentrum des aktuellen Interesses. Die Steuern auf Vermögen sind in weiten Teilen Europas, sogar in den USA, höher als in Österreich. Die hierzulande selbst in der SPÖ vorherrschende Panik vor Vermögens- und Kapitalbesteuerung mutet einigermaßen absurd an. Ein erster Schritt wäre ein prinzipielles Bekenntnis zu einer Umgestaltung des Steuersystems, die Vermögen und Vermögenszuwachs (auch und vor allem Erb-

schaften!) deutlich stärker belastet, und vor allem Lohnabhängige entlastet. Dafür muss die Parteispitze der SPÖ argumentativ mehr leisten, als bloß zu sagen, wer von einer möglichen Vermögenssteuer keinesfalls getroffen werden sollte. Die SPÖ muss den Kampf um die politische Deutungshoheit aufnehmen und dafür Bündnispartner gewinnen.

Auch im Bereich der Bildungspolitik hat die Sozialdemokratie deutlich zu machen, dass hinter dem Horizont der großkoalitionären Umsetzbarkeit ein weites Land der Möglichkeiten liegt. So ist die Neue Mittelschule ein Anfang, keinesfalls aber ein Ersatz für die Gesamtschule. Gelingt es der SPÖ nicht, den politischen Druck für die gemeinsame Schule aufrecht zu erhalten, wird es in Zukunft statt zwei Schultypen für Zehn- bis 14-Jährige drei Schultypen geben.

Einer dieser Schultypen, die Hauptschule, ist das ungeliebte Stiefkind der sozialdemokratischen Bildungspolitik der letzten Jahre. Dabei wird gerade sie von ArbeiterInnenkindern besucht – eigentlich, ganz unabhängig von deren ethnischer Herkunft, das zukünftige Kernklientel der Sozialdemokratie. Im rechtspopulistisch geprägten Diskurs bleiben diese Kinder reines Objekt des politischen Handelns, die Debatte bleibt stecken im Erbsenzählen des größer werdenden Anteils von SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache. Hier wäre die Sozialdemokratie gefordert, den vermeintlich trennenden Faktor der Muttersprache beiseite zu lassen und sichtbar zu machen, was tatsächlich relevant ist: dass in der Hauptschule die Kinder benachteiligter Schichten sitzen und diese Schule ihren Startnachteil nicht nur nicht ausgleicht, sondern sogar verstärkt.

SOZIALER SPRENGSTOFF

Ebenfalls kaum wahrgenommen wird der soziale Sprengstoff im Bereich der Umweltpolitik, da mit den Auswirkungen von Umweltverschmutzung und Klimawandel vor allem sozial Schwächere zu kämpfen haben werden. Die Einführung der Verschrottungsprämie, die allenfalls dem Autohandel nützt,

war dabei besonders kurzsichtig. Die Budgetmittel wären im öffentlichen Verkehr besser investiert.

Doch um die Sozialdemokratie in der Auseinandersetzung der Ideen zu stärken, braucht sie auch selbst mehr Spielraum. Demokratisierung nach innen schafft Bewegungsspielraum für neue Ideen und neue Köpfe. Demokratie beginnt im Detail: So sind Antragsprüfungskommissionen einzig dazu da, missliebige Anträge noch vor jeglicher Debatte in der Versenkung verschwinden zu lassen. Diskussion muss möglich sein, ohne vorherige Zensur. Gerade bei Parteitag muss die Offenheit der Diskussion den höheren Wert darstellen als das Geschlossenheits-Image in der Öffentlichkeit.

HEISSE LUFT

Selbst der Ausschluss der Öffentlichkeit mit engagierter Diskussion innerhalb erscheint wünschenswerter als Parteitage, die wie die am Ende herabfallenden Ballons bloß mit heißer Luft gefüllt sind. Eine Kultur der Diskussion und des Ringens um die bessere Position muss sich durch alle Ebenen der Sozialdemokratie ziehen, von den Sektionen zu den Bezirks- und Landesparteien. Die oft zum Bewahren neigende Sozialdemokratie stellt sich allzuoft auf die Seite existierender Strukturen, anstatt Dinge auch von Grund auf neu zu denken. Wäre die Debatte um das Gesundheitssystem nicht bereichert, wenn SozialdemokratInnen neue Modelle diskutieren würden, die etwa das herrschende Versicherungsprinzip infrage stellen? Was spricht gegen ein steuerfinanziertes, allgemeines Gesundheitswesen, dass das Grundrecht auf Gesundheit als universale staatliche Aufgabe begreift?

Darüber hinaus ist es nötig, dass dort, wo Entscheidung fallen sollen, also in den demokratisch legitimierten Gremien, auch tatsächlich diskutiert und entschieden wird. Das schließt mit ein, dass Beschlüsse immer und in aller Konsequenz auch vertreten werden, nach innen wie außen, und dass FunktionärInnen, etwa in den Parteivorständen, ihre Rolle und Position als Korrektiv und darüber hinaus als MitgestalterInnen

der tatsächlich umgesetzten sozialdemokratischen Politik ernst nehmen müssen. Die Wahl ist durch Wahlkommissionen und Listenwahl massiv eingeschränkt: Hier brauchen Delegierte die Möglichkeit, jeden und jede Nominierte einzeln zu wählen – oder eben auch nicht. Die Frage der Funktionsdauern von FunktionärInnen muss zumindest angesprochen werden können – was spricht denn gegen eine maximale Funktionsdauer von zwei oder drei Wahlperioden?

VERLÄUFT IM SAND

Gerade im Bereich der Demokratisierung hat ein zentraler Bündnispartner der Sozialdemokratie seine Chance als Impulsgeber leider verpasst: Die nach wie vor erstarrte Struktur der Gewerkschaften dient weder strukturell und organisationalkulturell als Vorbild, in Hinblick auf das Primat der Hauptvor den Ehrenamtlichen sogar als abschreckendes Beispiel. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren allenfalls als allerletztes Korrektiv, als Notbremse zur Verhinderung der ärgsten Grauslichkeiten gedient. Neue Ideen, ob zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt, zur Bildungspolitik oder zur Verteilungsgerechtigkeit waren und sind nicht zu hören. Zudem ist die Gewerkschaft auch kaum ein personelles Reservoir, das der Sozialdemokratie dabei helfen würde, ihre KernwählerInnen unter den Arbeitern und Angestellten glaubwürdig und authentisch anzusprechen.

Der Reformprozess des ÖGB ist dabei, im Sande zu verlaufen – das wäre nicht nur für die langfristige Stärke der Gewerkschaften selbst, sondern auch für die Sozialdemokratie eine schwere Hypothek. Auch in der Gewerkschaft braucht es eine neue Kultur von Diskussion und Pluralismus, den Willen zur Einbindung und Aktivierung der Mitglieder und mehr Durchlässigkeit für Frauen und Junge.

Im Bereich der Frauenförderung verbindet die Gewerkschaft mit der Sozialdemokratie der hehre Anspruch, allein die Umsetzung ist da wie dort mangelhaft. Eine statutarisch verankerte bundesweite Frauenquote der SPÖ von 40 Prozent,

die Wahl für Wahl nicht erfüllt wird, was mit Achselzucken, bestenfalls mit Bedauern registriert wird, ist unbefriedigend. Hier sind endlich Regeln, die sicherstellen, dass zumindest 40 Prozent, wenn nicht mehr, unter allen Umständen erreicht werden, so schnell wie möglich einzuführen.

Zu guter Letzt muss die SPÖ ihre eigene Stärke als Massenpartei neu beleben. Die Mitglieder der Partei müssen mehr sein als ein Datensatz. Sie sind in Diskussions- und Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen, müssen als Reservoir für Expertise, Mobilisierung und als Sensorium für die Bedürfnisse und Meinungen der Menschen aktiviert werden. Dieser Prozess wird mühsam und schwierig sein. Angesichts des schlummernden Potenzials Hunderttausender Mitglieder kann es sich aber nur lohnen, hier auch Risiken einzugehen.

Auf die Parteispitze zu warten, wird in all diesen Fragen nicht ausreichen. Gerade jetzt ist die Seele der Partei gefordert: die vielen, oft ehrenamtlich Engagierten. Denn sie sind letztlich die Einzigen, die die SPÖ in eine demokratischere, mutigere und offensivere Partei verwandeln können. ●

BARBARA BLAHA

studiert Germanistik an der Universität Wien.

Von 2005 bis 2007 war sie Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH).

DOMINIK GRIES

studiert Soziologie an der Universität Wien.

Von 1998 bis 2001 in der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) aktiv, bis 2007 bei den Sozialistischen StudentInnen, nun Mitglied der Protestsektion in der SPÖ-Alsergrund.

SCHERE-STEIN-PAPIER
Kunsthhaus Graz



MATHIAS POLEDNA, ACTUALITÉ, 2001/02, COURTESY DES KÜNSTLERS UND GALERIE MEYER KAINER, WIEN;
GALERIE DANIEL BUCHHOLZ, KÖLN; RICHARD TELLES FINE ART, LOS ANGELES, FOTO: VERGRÖßERUNG
EINES 16 MM-EINZELBILDS



Plädoyer für einen Neoreformismus

SCHWERPUNKT Welches Programm soll sich die Sozialdemokratie in Zeiten wie diesen geben? Leonhard Dobusch und Nikolaus Kowall argumentieren dafür, an die positiven Traditionen des Reformismus anzuknüpfen, manche historische Fixierung zu überwinden und visionäre Zukunftsbilder zu entwickeln. Dabei geht es nicht um das Verfassen bunter Broschüren, sondern um eine umfassende politische Konzeption für die Sozialdemokratie.

Die Finanzmarktkrise mag das Ende des Neoliberalismus als dominante Ideologie einläuten. Wenn er scheitert dann ökonomisch und nicht politisch. Er ist nicht wegen, sondern trotz der Sozialdemokratie am Ende. An der Krise der Sozialdemokratie in einem von Wirtschaftslobbys dominierten politischen System, das Colin Crouch treffend als *Postdemokratie*¹ bezeichnet, ändert das allerdings wenig. Im Gegenteil, weil die Macht der Wirtschaft auch in der Krise nahezu ungebremst wirkt, erleben wir »Lemon Socialism« in Reinkultur: Nach Jahrzehnten privatisierter Gewinne, werden die Verluste vergesellschaftet. Auch wenn sie in ihrer neoliberalen Form offensichtlich gescheitert ist, verhindert die weit fortgeschrittene Globalisierung ein zurück zu den (scheinbar) »guten alten Zeiten« des keynesianischen Fordismus der 1970er Jahre.

Die Krise kann der Sozialdemokratie die Aufgabe der inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung nicht abnehmen – im Gegenteil, sie macht sie dringlicher und damit auch komplizierter. Sehr wohl aber sind die Erfolgchancen einer erneuerten Sozialdemokratie durch die Krise so hoch wie lange nicht mehr. Unser Plädoyer für einen »Neoreformismus« ist eine Skizze, die versucht sowohl aus den Schwächen und Fehlern wie den Erfolgen und Stärken der europäischen Sozialdemokratie nach dem zweiten Weltkrieg Lehren zu ziehen. Sie gliedert sich in vier Teile: Der Diskussion prinzipieller Charakteristika reformistischer Ansätze folgt eine Analyse der Probleme des historischen Reformismus und ein Versuch zu klären, worin das »Neo« in unserem »Neoreformismus« besteht. Der letzte Teil widmet sich konkreten Handlungsableitungen für sozialdemokratische Parteien.

PRINZIPIELLE CHARAKTERISTIKA

»Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden. [...] Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.«

Diese beiden Sätze über die »Grundwerte des Sozialismus« aus dem Godesberger Programm der SPD von 1959 fassen die wesentlichsten Bausteine reformistischer Ansätze zusammen: In der Orientierung auf Grundwerte, die selbstbewusst auf die Ankündigung endgültiger Lösungen und Zustände verzichtet, werden politische Fragen gleichermaßen als normativ wie empirisch erkannt. Weil sich gerade die zentralen Probleme einer Gesellschaft – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit – nicht ein für allemal lösen lassen, ist die reformistische Agenda immer eine unendliche, fallibilistische und eklektizistische Agenda.

Für den Reformismus gibt es kein »vor« und »nach« der Revolution, im Zentrum steht deshalb immer die Verbesserung im hier und jetzt, für die hier und jetzt Benachteiligten – allerdings mit Rücksicht auf zukünftige Generationen. Diese Ziele sollen in demokratischen Systemen in erster Linie durch Reformieren von und Experimentieren mit bestehenden Institutionen erreicht werden. Eine soziale Demokratie ist dabei gleichermaßen Mittel und Zweck reformistischer Politik.

PROBLEME DES HISTORISCHEN REFORMISMUS

Die allermeisten der Errungenschaften sozialdemokratischer Politik im 20. Jahrhundert gehen auf derart reformistische Politik zurück: Bei Themen wie Arbeitszeitverkürzung oder So-

1) In einem postdemokratischen System nähern sich Ungleichheiten in Wirtschaft und Partizipation wieder vordemokratischen Dimensionen an, allerdings unter Wahrung der formal-demokratischen Fassade.

zialeistungen standen konkrete Misstände und Verbesserungen im Fokus reformistischer Politik. Radikal-revolutionäre Ansätze innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie waren für diese Erfolge in unterschiedlichen Zeiten und Ländern sowohl hinderlich (z. B. die dogmatisch-radikale und zutiefst schädliche Agenda der KPD vor 1933) als auch hilfreich (z. B. im Systemwettbewerb der Nachkriegsjahre zwischen Ost und West).

Fest steht aber jedenfalls, dass bereits vor dem endgültigen Scheitern des sogenannten »real existierenden Sozialismus«, nämlich im Zuge der Krise des keynesianischen Fordismus in den 1970er Jahren, derart reformistische Politik in eine Krise geriet und in der Folge für neoliberales Gedankengut alles andere als unempfindlich war.

Neben dem Wegfall der Systemkonkurrenz in den 1990er Jahren, der neoliberale Tendenzen in der Sozialdemokratie sicherlich verstärkt hat, gibt es auch einen prinzipiellen Grund für die Anfälligkeit des Reformismus für den Neoliberalismus: Die theoretische Offenheit eines reformistischen Ansatzes schützt eben nicht nur vor Dogmatismus, sondern öffnet auch Raum für Irrtümer. Gleichzeitig verbindet sich damit aber eine Fähigkeit zur Selbstkorrektur: Denn natürlich ist reformistische Politik nicht unfehlbar – im Gegenteil, weil sie sich empirisch klare Ziele setzt, wird sie sogar regelmäßig scheitern.

FEHLER WERDEN ZUM PROGRAMM

Damit liegt es aber vor allem an kritischen SozialdemokratInnen auf dieses Scheitern und mögliche Gründe dafür hinzuweisen sowie für Kurskorrekturen zu kämpfen. Umgekehrt müssen diese kritischen Stimmen auch ausgehalten werden: Wer Fehler in der Vergangenheit nicht eingestehen kann, macht sie zum Programm.

Historisch stoßen wir im »real existierenden Reformismus« auf eine Reihe von Schwächen, die nicht mit dem Ein-

sichern neoliberaler Theorien zusammenhängen. In zumindest vierfacher Hinsicht war der Reformismus zu unbeweglich, zu fixiert auf kurzzeitig erfolgreiche, aber schließlich unzeitgemäße Strategien:

– *Fixierung auf den fordistischen Keynesianismus:* Mit der engen Bindung an die ökonomische Theorie des Mainstream-Keynesianismus der 1950er Jahre hat sich die reformistische Sozialdemokratie auch dessen Schwächen eingekauft. Neben einer fehlenden Innovationstheorie zählen dazu insbesondere dessen eng-mechanistisches, mit neoklassischen Ansätzen verwandtes Methodenrepertoire sowie dessen Unterschätzung der Rolle gesellschaftlicher Machtverhältnisse für Wirtschaft und Politik. Hinzu kommt der mit dem Fordismus verbundene Fokus auf Massenproduktion und das traditionelle Familienbild.

– *Fixierung auf den Staat:* Im Unterschied zur Zwischenkriegszeit, als gerade in Österreich dem Aufbau eigener, staatsunabhängiger Strukturen (Stichwort: Konsum, BAWAG) viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, beschränkte sich die Nachkriegssozialdemokratie auf die Reform des Staates und vernachlässigte die unmittelbare Arbeit mit der Bevölkerung. Eine Nationalstaatsfixiertheit, die sich nicht zuletzt angesichts von Globalisierung und Privatisierung als Achillesferse erwiesen hat. Aber auch abgesehen davon ist mit ihr ein problematisches Verhältnis zur Bedeutung individueller Freiheitsrechte und -räume verbunden, die sowohl von der Wirtschaft als auch vom Staat bedroht werden können.

– *Fixierung auf Arbeit:* In den allermeisten europäischen Ländern wurden Errungenschaften, allen voran Sozialeistungen, fast ausschließlich an Arbeit gekoppelt, verbunden mit Vollbeschäftigung als Hauptziel. Konsequenz dieser Arbeitsfixierung war aber, dass jede Krise kapitalistischer Dynamik automatisch zu einer Krise der Sozialdemokratie geführt hat, weil nicht nur die Verhandlungsmacht der Arbeitgeberseite zu- sondern auch der finanzielle Spielraum für sozialdemokratische Politik abnahm.

2) Vgl. Kapeller, J./Huber, J. (2009, i.E.): Politische Paradigmata und neoliberale Einflüsse am Beispiel von vier sozialdemokratischen Parteien in Europa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Ausgabe 2/2009

3) <http://www.fairtrade.net/> 1

4) <http://creativecommons.org>

– *Fixierung auf die Praxis*: Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung wurde die prinzipiell begrüßenswerte Orientierung auf die politische Praxis übertrieben, die theoretische und diskursive Arbeit völlig vernachlässigt. Ein Vergleich der Parteiprogramme und ihres Erstellungsprozesses in den 1990er Jahren mit ihren Vorgängern könnte hier der Illustration des intellektuellen Niedergangs dienen.² Als Konsequenz dieses konzeptionellen Vakuums mangelte es an kreativen – visionären – Gestaltungsvorschlägen auf Basis sozialdemokratischer Werthaltungen. Die Folge des Abhandenkommens eines politischen Kompasses waren einerseits die völlige Orientierungslosigkeit angesichts neuer Problemstellungen und andererseits die totale neoliberale Dominanz in allen gesellschaftlichen Diskursbereichen. Die Sozialdemokratie darf nicht mehr wie im 19. Jahrhundert die Funktion einer vierten abrahamitischen Weltreligion übernehmen und auf ein klassenloses Utopia im Diesseits verweisen. Sie darf aber für mehr kämpfen als für Pendlerpauschale und Lebensmittelpreise. Nur weil er nicht das Paradies auf Erden verspricht, kann der Reformismus nicht auf positive Zukunftsbilder verzichten.

Die meisten dieser Punkte lassen sich aus dem sturen (weiter-)verfolgen einmal erfolgreicher Ansätze erklären, getreu dem Motto »success breeds success breeds failure«. Hier bedarf es einer »bloßen« Aktualisierung und Neukontextualisierung reformistischer Politik. Manches sind aber auch Irrtümer und Fehler, die einer profunden Korrektur bedürfen.

WAS IST »REFORMISTISCH« ?

Wie im historischen Reformismus versucht auch der Neoreformismus innerhalb bestehender Systeme zu arbeiten, diese kontinuierlich demokratischer, egalitärer und transparenter zu machen. Daraus folgt beispielsweise die kritische Befürwortung der EU und des EU-Reformvertrages, der die neoliberalen Bauprinzipien der EU nicht überwindet, aber sie verringert. Daraus folgt außerdem die Forderung internationale Institutionen wie den Internationalen Währungsfond, die Welthandelsorganisation oder Vereinten Nationen zu refor-

mieren, nicht sie abzuschaffen. In einer globalisierten Welt bedeutet Neoreformismus bestehende Institutionen zu vernetzen, weiterzuentwickeln und sich nicht mit der Hoffnung auf den Systemcrash im Nationalstaat zu verschanzen.

Es geht auch im Neoreformismus um konkrete und messbare Ziele, wie die gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen – im nationalen wie im globalen Maßstab –, Einkommensgleichheit zwischen Männern und Frauen, sinkende – relative wie absolute – Armut oder Zurückdrängung wirtschaftlicher Macht aus politischen Entscheidungsprozessen. Mittel hierfür sind ebenfalls ganz klassisch konkrete Verbesserungsvorschläge zur Veränderung des bestehenden Systems, wie die Einführung einer Tobin Tax, einer EU-Steuer oder die Einbeziehung von Kapitaleinkünften in Sozialversicherungssysteme.

Neu am Neoreformismus ist aber der Versuch, sich in mehrfacher Hinsicht von historischen Fixierungen zu lösen:

– *Menschenrechtsorientierung*: Wer die Grundwerteorientierung des Reformismus konsequent zu Ende denkt, muss bei einer Menschenrechtsorientierung landen. Derzufolge haben Menschen einen Rechtsanspruch auf Freiheit von Diskriminierung, auf Absicherung im Alter, auf Sozialversicherung im Sinne einer Universal- oder BürgerInnenversicherung sowie auf die Deckung ihrer Grundbedürfnisse. Diese Anerkennung von sozialen Menschenrechten führt nicht nur zur Notwendigkeit, sich ernsthaft mit Grundeinkommensmodellen auseinanderzusetzen, sondern birgt auch das Potential den Mensch als Individuum vom Zugriff wirtschaftlicher wie staatlicher Kontrolle zu entkoppeln. Die BürgerInnen universeller Sozialstaaten haben qua Geburt einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und sind gegenüber dem Staat keine BittstellerInnen und gegenüber der Wirtschaft kein Freiwild.

Internationale Ausrichtung: Die internationale Solidarität ist das große uneingelöste Versprechen (nicht nur) der refor-

mistischen Sozialdemokratie. Konkret bedeutet das für eine neoreformistische Sozialdemokratie, zum Verzicht nationaler Eigenständigkeit bereit zu sein, wenn damit ein mehr an europäischer Handlungsfähigkeit erlangt werden kann. Das Ziel muss es sein, die soziale Frage kontinental und international neu zu stellen und in allen Politikfeldern Themen wie die Ökologie und die Nord-Süd Frage im Blick zu haben. Nicht um die eigene Industrie mit Entwicklungs«hilfe» zu sanieren, sondern um die Chancen der Globalisierung für beide Seiten zu nutzen.

– *Breites Politikverständnis:* Neoreformistische Politik soll überall dort gemacht werden, wo Politik stattfindet. Das kann der Nationalstaat, das können internationale Organisationen, das kann aber auch im Bereich privater Regulierungsregimes (sogenannter »private governance regimes«) oder durch nicht-staatliche Organisationen und Gemeinschaften sein. Ansätze wie »Fairtrade«³ oder »Creative Commons«⁴ sind sicher nicht »die Lösung« für Probleme im Bereich des Welthandels oder des UrheberInnenrechts, sie können aber einen Fortschritt darstellen, vor allem in transnationalen Bereichen, wo es keine oder nur unzureichende staatlichen Regulierungsmöglichkeiten gibt.

– *Theoretisch fundiert:* Klassischer Reformismus wurde regelmäßig als theorieferner Pragmatismus missverstanden. Dabei ist gerade reformistische Politik auf Gedankenexperimente und Theorienpluralismus angewiesen, und zwar betreffend des Reformismus als politischem Ansatz ebenso wie bezüglich konkret-reformistischer Politikprojekte. Gerade auch eine kritische Bezugnahme auf neomarxistische Analysen kann hier helfen, blinde Flecken, vor allem im Bezug auf Machtverhältnisse, zu adressieren. In anderen Bereichen, etwa wenn es um das Verhältnis von Bürokratie und Individuum geht, darf man klassisch-liberaler Kritik ein offenes Ohr schenken.

Ernst genommen folgen aus diesen Punkten auch ganz konkrete Handlungsableitungen für prinzipiell sozialdemo-

kratisch ausgerichtete Parteien wie die SPÖ, die SPD, die Linkspartei oder die Grünen, von denen wir wiederum vier Punkte herausgegriffen haben.

WAS TUN?

– *Visionäre Zukunftsbilder entwickeln:* Nach einer Menschheitsgeneration Neoliberalismus stehen die Zeichen auf solidarischere Jahrzehnte. Was für Visionen könnte eine neoreformistische Sozialdemokratie in dieser Stunde bieten? In der von Aristokratie und ererbtem Vermögen dominierten Welt des 19. Jahrhunderts war die Vision von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit so angebracht wie attraktiv. Eine von Leistungsfetisch und –mythen dominierten Gegenwart des globalen Standortwettbewerbs bedarf aber dessen Korrektur in Form von solidarischer Ökonomie und globalen, leistungsunabhängigen, sozialen Menschenrechten. Konkret muss im Zentrum einer sozialdemokratischen Vision als erster Schritt die Vereinigung Europas als Sozialunion stehen.

– *Demokratisierung, Politisierung und Öffnung der Partei:* Wer glaubhaft für Demokratie und offenen inhaltlichen Diskurs eintreten will, muss bei den eigenen Strukturen anfangen. Die Mitgliedschaft in einer fortschrittlichen Organisation muss mit ernst zu nehmenden Rechten zur Mitsprache und Mitbestimmung verbunden sein. Dafür ist eine (Re-)Politisierung von Mitgliedern, Parteiveranstaltungen und öffentlichem Auftreten erforderlich. Einer Orientierung am politischen Inhalt anstatt an der PR könnte etwa durch die Schaffung eines anspruchsvollen inhaltlichen Wochenmagazins Ausdruck verliehen werden. Komplementär dazu müssen horizontale Organisationsnetzwerke aufgebaut werden, die vor allem themenspezifisch arbeiten und sich mit NGOs überlappen. Die Palette möglicher Netzwerke reicht von den in der Regel bereits bestehenden für Frauen, Homosexuelle und MigrantInnen bis hin zu neuen für alternative Energien, freie Software oder Globalisierung. NGO's wie ATTAC haben seit Jahren auf die Gefahren des finanzgetriebenen Kapitalismus aufmerksam gemacht und überdies in vielen Bereichen eine de facto sozialdemokratische

5) Vgl. <http://www.momentum09.org>

6) Laut GfK-Umfrage haben bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat 2008 nur 21 Prozent der ungelerten Arbeiter/innen rot gewählt, dafür gleich 52 Prozent blau-orange. Bei den Facharbeiter/innen steht es 40 zu 32 für das dritte Lager.

Agenda für das 21. Jahrhundert entwickelt. ATTAC ist nur ein Beispiel für Organisationen die nicht außerhalb sondern in der Mitte der Sozialdemokratie agieren sollten, und zwar ohne jegliches Denk- oder Sprechverbot. Ihren AktivistInnen sollten auch Kandidaturen auf offenen Listen ermöglicht werden und ihr Know-how überall dort nachgefragt werden, wo es vorhanden ist. Im Sinne des einstigen Vorsitzenden der bayrischen SPD Georg von Vollmar (»Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust«), müssen in Sachfragen auch Bündnisse mit liberalen, christlichsozialen und konservativen Organisationen möglich sein.

– *Erschließung neuer Themenfelder*: Die Sozialdemokratie sollte nicht das Sinnbild der Bürokratie, sondern die Avantgarde zeitgenössischer politischer Debatten sein. Als ersten Schritt – und hier ist ein Umdenken bei führenden FunktionärInnen gefragt – gilt es echten Theorien-, Meinungs- und Personenpluralismus zu fördern und diesen auch auszuhalten. Es gibt kaum Orte für kritische und offene Auseinandersetzung mit Inhalten in sozialdemokratischem Kontext. Dem stehen eine unüberschaubare Vielfalt an Think Tanks und Veranstaltungen (z. B. Forum Alpbach) auf konservativer Seite gegenüber. Der im September 2008 in Hallstatt (OÖ) erstmals veranstaltete Kongress *Momentum*⁵ ist ein (seltenes) Beispiel für den Versuch, Wissenschaft und Politik zusammenzubringen, ohne dass diese sich wechselseitig einengen. Offener und kritischer Diskurs, nicht Meinungsumfragen müssen (wieder) die Basis sozialdemokratischer Politik bilden. Grundvoraussetzung dafür ist natürlich die Freiheit der Rede, Parteidisziplin hat in Think Tanks nichts verloren.

– *Sondierung neuen Terrains*: Schließlich muss sich eine neoreformistische Sozialdemokratie wieder trauen, abseits staatlicher Apparate in Eigenregie Politikprojekte auf den Weg und sich in bereits bestehende, emanzipatorische Politikprojekte einzubringen. Warum nützt die Sozialdemokratie die Möglichkeiten neuer digitaler Medien nicht offensiv und in einer Weise, die Partizipation und inhaltliche Auseinandersetzung

fördert sowie auf freie Formate und freie Software aufsetzt? Warum bringt sich die Sozialdemokratie beispielsweise nicht in bestehende Initiativen wie »Amnesty International« oder »Fairtrade« ein, ohne diese für sich zu vereinnahmen? In all diesen Bereichen wäre das Geld, das heute in nichtssagenden Hochglanzinseraten steckt, um ein vielfaches besser angelegt.

Bei aller notwendigen Innovation ist auf der Ebene der parlamentarischen Politik eine Konzentration auf die traditionellen Kernaufgaben unerlässlich. Nicht nur in Österreich⁶, sondern in ganz Europa spielt im untersten Einkommensdrittel der Gesellschaft die Sozialdemokratie schon lange nicht mehr mit Heimvorteil. Die Sozialdemokratie muss unverkennbar als Anwältin der Arbeitnehmer/innen und sozial Exkludierten auftreten. Umverteilung, Aufstiegschancen und Bildung sind in diesem Zusammenhang alte, aber aktuelle Rezepte. ●

LEONHARD DOBUSCH

hat ebenso wie sein Co-Autor zahlreiche Funktionen in sozialdemokratischen (Jugend-)Organisationen innegehabt und ist derzeit als promovierter Wirtschaftswissenschaftler an der FU Berlin tätig.

NIKOLAUS KOWALL

hat Volkswirtschaft an der WU-Wien studiert und absolviert derzeit Gedenkdienst in Buenos Aires.



KATRIN PLAVČAK, TONIGHT AT THE PLEASURE
DOME, 2009, COURTESY GALERIE MEZZANIN,
WIEN, FOTO: LUDGER PAFFRATH

Abschließende Bemerkungen

ZWEI REDEN Am 9. März verabschiedete sich Caspar Einem nach zwölf Jahren als Bezirksvorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Alsergrund. Das war Anlass für einige abschließende Bemerkungen. Hier wird nun das Gesagte und jener Teil der Rede veröffentlicht, den er bei der Bezirkskonferenz nicht gehalten hat.

Die gehaltene Rede

Erlaubt mir, dass ich gleich mit der grundsätzlichen meiner Anmerkungen beginne:

1. DIE PARTEI IST KEIN AUTOBUS

Viele innerhalb und außerhalb unserer Partei halten die Zugehörigkeit zu unserer Partei bestenfalls für eine Art Bekenntnis, mitunter nicht einmal dafür. Nicht wenige sehen die Partei als eine Art Autobus, in den man irgendwann einsteigt und sich dann herumführen lässt. Und wenn man mit dem Komfort des Busses oder der Fahrtrichtung bzw. der Fahrtgeschwindigkeit nicht einverstanden ist dann steigt man wieder aus. Allenfalls reicht es auch schon, dass man mit dem Busfahrer nicht einverstanden ist, um wieder auszustiegen.

Die Partei ist aber kein Vehikel, in das man sich bequem setzen kann. Unsere Partei ist ein Werkzeug ihrer Mitglieder zur Veränderung der Gesellschaft – im Kleinen und im Großen. Die sozialdemokratische Partei ist ein Instrument zur Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft und in diesem Sinne ein Instrument der Politik zugunsten der Vielen, die sich's nicht selber richten können und die nur dann eine Chance haben, wenn sie sich miteinander und mit anderen, die dieselben Ziele unterstützen, zusammenschließen.

Die Sozialdemokratische Partei ist ein Instrument der Politik für die, die auf Politik angewiesen sind, um einen fairen Anteil am Reichtum der Gesellschaft, um Chancengleichheit, um Gerechtigkeit zu bekommen. Und insoweit sollte man in unsere Partei nur eintreten, wenn man bereit ist, etwas zu tun, etwas in diesem Sinne des Einsatzes für Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu tun. Die Mitgliedschaft in unserer Par-

tei kann nicht und darf nicht bequem sein. Die Mitgliedschaft dient dem Kampf um Veränderung. »Kampf«, weil es beträchtlichen Widerstand gegen diese Art der Veränderung gibt. Weil die Interessen an einer ungleichen Verteilung des Reichtums und der Chancen sehr stark sind. Und weil sie bis in unsere eigenen Köpfe, in unsere eigenen Herzen gehen.

2. DIE PARTEI IST AUCH KEIN SPARVEREIN.

Und das gilt auch für ihre Gliederungen, insbesondere für die Sektionen. Die Partei ist ein Instrument der Politik. Und um wirkungsvoll Politik betreiben zu können, müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, das eigene Programm, die eigenen Argumente auch zu kommunizieren. Dafür brauchen wir sowohl hauptamtliche MitarbeiterInnen, als auch Geld für Informationsmaterial, für Werbung usw.

Die Mitglieder zahlen Mitgliedsbeiträge und wir kassieren sie, um die Partei in die Lage zu versetzen, Veränderungen zu bewirken. Und dabei basieren alle Gliederungen der Partei auf der Mitgliederbasis in den Sektionen. Die Sektionen und ihre Mitglieder sind einerseits die Basis der Finanzierung unserer Organisation bis oben hin und andererseits Fühler für die gesellschaftliche Wirklichkeit und deren Veränderungen.

Warum diese Anmerkung, dass die Partei kein Sparverein ist? Weil ich immer noch unter dem Eindruck einer Diskussion stehe, die ich mittlerweile bereits vor Jahren mit den Mitgliedern einer unserer Sektionen hatte, in der es darum ging, dass die Bezirksorganisation mehr Geld brauchte und daher ein Guthaben der Sektion nicht zurückzahlen konnte und wollte, zumal die Sektion im Gegensatz zur Bezirksorganisation gut finanziert war. Mir wurde damals vieles entgegen ge-

halten, u. a. dass wir eben besser zu wirtschaften lernen sollten und dass die Sektion nicht einsehe, dass wir das Geld, das sie durch Veranstaltungen und durch eifrige Kassierung der Mitglieder eingespielt hätten, einfach so ausgeben.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich trete auch heute nochmals gegen diesen grundsätzlichen Irrtum auf. Das Geld, das wir sammeln, dient nicht seiner eigenen Vermehrung. Das Geld das wir sammeln dient dem Zweck Politik zugunsten derer zu machen, die sich's selber nicht richten können. Und daher dient es zunächst der Finanzierung der notwendigen Organisation und dann ihrer Mittel zur Gestaltung. Darüber, wie dies geschehen soll, gilt es zwar demokratisch zu entscheiden, allerdings innerhalb unseres Parteiprogramms.

3. PARTEI IST KEIN SELBSTBEDIENUNGSLADEN

Und lasst mich auch noch einen dritten unangenehmen Punkt ansprechen: Nach meiner festen Überzeugung darf die Sozialdemokratische Partei auch kein Verein zur Selbstversorgung, Selbstbedienung sein oder werden – etwa in dem Sinne, dass wir erst einmal unsere eigenen Bedürfnisse befriedigen und erst dann Politik für die machen, die uns am dringendsten brauchen.

Das ist allerdings ein heikler Punkt. Wir alle sind nicht frei von Gefühlen. Und wenn wir den Eindruck haben, andere bekämen etwas, was wir nicht bekommen und das diesen anderen Empfängern nicht zusteht – weil um unsere Sorgen kümmert sich ja auch keiner – dann können wir ganz schön bösaartig werden.

Ich erinnere mich da an eine Debatte in der Ministerratsfraktion – etwa 1997 oder 1998 – nach einem TV-Beitrag von Toni Spira, in dem ein Notstandshilfebezieher bei einem Würstelstand interviewt worden war. Dieser Mann – langzeitarbeitslos – lebte von der Notstandshilfe und von Zuwendungen seiner Mutter und machte einen sehr zufriedenen Ein-

druck. So berichtete er etwa auch, dass er gerade aus Mallorca zurückgekehrt sei und betonte, dass er mit seinem Leben ohne Arbeit glücklich und zufrieden sei. Unter den Genossen entstand eine Debatte, ob man nicht herausfinden sollte, wer das war, um ihm die Notstandshilfe zu streichen.

Was war der Grund für diese Aufwallung? Müssen die, denen notdürftig geholfen wird, wenigstens im Büßergewand auftreten und zerknirscht sein? Hätten wir bei Streichung seiner Notstandshilfe einen Arbeitsplatz mehr zur Verfügung gehabt, um ihn in Arbeit zu bringen? Und: Ist unsere Arbeit derart entfremdend und unerfreulich, dass wir es niemand gönnen können, ohne Arbeit, wenn auch mit sehr wenig Geld, glücklich sein oder zumindest glücklich spielen zu dürfen? Liegt es daran, dass wir uns in unserer Arbeit quälen müssen und um das mühsam erschufte Geld auch noch solche Leute mitfüttern sollen, statt sicher sein zu können, dass auch sie sich quälen müssen?

Läge es da nicht politischer näher, gemeinsam und Hand in Hand mit Gewerkschaftern, Betriebsräten und mit einigermaßen aufgeklärten Unternehmern die Arbeitsprozesse so zu verändern, dass sinnerfüllende und auch befriedigende Arbeit geschaffen wird?

4. KOMPROMISS IST NICHT VERRAT

Manchmal konnte und kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele in unserer Bewegung die Überzeugung haben, es gebe nur einen einzigen richtigen sozialdemokratischen Weg, nämlich den ihren.

Bloß: Je konsequenter man dieser Auffassung folgt, desto kleiner wird die Gruppe mit der gemeinsam man um die Realisierung des eigenen Programms kämpfen kann. Man kann zwar dann die Gewissheit der Verfolgung der eigenen reinen Lehre haben – allerdings zugleich auch die Gewissheit, sich auf demokratischem Wege, wo es Mehrheiten braucht, nur schwerlich durchsetzen zu können.

Natürlich bietet unsere Begrifflichkeit auch genügend Spielraum, um das Scheitern dieses Konzepts auf den Widerstand der Bourgeoisie oder auf den Kapitalismus insgesamt zurück zu führen. Aber die Wahrheit ist eine Andere: wer unter demokratischen Bedingungen gestalten will muss Mehrheiten finden und dazu sind Kompromisse nötig.

Diese Kompromisse sind zuallererst innerhalb der eigenen Partei nötig. Und das ist vielfach emotional die größte Herausforderung: akzeptieren zu lernen, dass man mit vielen anderen in einem Boot sitzt, die in vielen Fragen ganz andere Positionen vertreten, als man selbst – und dennoch Sozialdemokraten sind. Diese Spannung zu ertragen und sich nicht im Kampf um einzelne Positionen im Inneren der Partei aufzureiben, mehr noch – die anderen auch als Teil des Ganzen zu akzeptieren ist ein schwerer Kompromiss und es ist zugleich die Vorbedingungen für eine große und durchsetzungsfähige Partei.

So sehr ich den da und dort auftretenden Wunsch verstehe, unter sich bleiben zu wollen, eine reine Position zu vertreten, so sehr müssen sich alle, die diese Vision haben, fragen lassen, ob sie es primär nett haben wollen oder ob sie etwas bewegen wollen.

Und mir ist durchaus bewusst, dass die Kompromisse nicht innerhalb der eigenen Reihen enden und enden können. Wenn es keine absoluten Mehrheiten gibt, dann setzt das Regieren, um zu gestalten, Kompromisse auch mit politischen Wettbewerbern voraus. Das verwässert die eigene Linie noch weiter. Und wieder gilt es zu entscheiden: lieber in Reinheit zuschauen oder mit Kompromissen, zumindest ein Stück weit zugunsten derer zu gestalten, deretwegen Sozialdemokraten Politik machen wollen, zugunsten derer, die darauf angewiesen sind, weil sonst niemand an ihrer Seite steht.

5. DEUTLICH MACHEN, WOFÜR MAN KÄMPFT

Wer Kompromisse grundsätzlich für ein Übel hält oder sich

davor fürchtet, als Kompromissler getadelt zu werden, hat freilich zwei Möglichkeiten: entweder in sektiererischer Reinheit zu verweilen und praktisch bedeutungslos zu bleiben oder gleich keine erkennbaren Positionen einzunehmen. Das erleichtert Partnerschaften ungemein und erspart den Vorwurf der Kompromisslerei. Ich halte beide Ansätze für verfehlt.

Meine Überzeugung ist: Wir müssen klar machen, an wessen Seite wir stehen, welche Maßstäbe wir anlegen, wofür wir uns einsetzen, wofür wir nötigenfalls auch bereit sind, zu kämpfen. Es reicht nicht, von Zeit zu Zeit Umfragen durchführen zu lassen und dann die Fahne nach den Ergebnissen der Umfrage auszurichten. Wir müssen anhand unserer Positionen und der Menschen, die sie vertreten, erkennbar – wieder erkennbar – sein. Das gilt für alle Ebenen unserer politischen Bemühungen.

Und noch eines: Es ist nicht entscheidend, immer zu gewinnen, sich immer durchzusetzen. Entscheidend ist, dass für die, die wir gewinnen wollen, klar ist, wofür wir uns einsetzen. Einer der zentralen Fehler im Wahlkampf 2006 und dann bei der Regierungsbildung 2007 lag genau dort: Wir können nicht versprechen, die Welt zu ändern, wenn wir nicht mit einer absoluten Mehrheit rechnen können. Wir können versprechen, bestimmte Ziele hartnäckig zu verfolgen. Wir können sagen, was wir erreichen wollen. Und wir müssen es klar und deutlich sagen – und dann für die Durchsetzung kämpfen.

6. VERTRAUEN IN POLITIKER ERMÖGLICHEN Liebe Genossinnen und Genossen!

Gestern Abend habe ich gerade wieder ein Erlebnis der Art gehabt, auf das ich sehr gerne verzichtet hätte. Eine gute Freundin, politikfern aber politisch interessiert, meinte im Zuge einer Debatte, dass Politiker überhaupt viel lügen.

Woher kommt dieser schlechte Ruf der Politik, der Politiker? Zum Teil hängt er mit dem soeben Gesagten zusammen. Wer ständig alles verspricht, weil er meint, damit die Her-

zen der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, verliert jede Glaubwürdigkeit, weil offensichtlich die Versprechungen nicht eingelöst werden.

Vertrauen ist etwas, was langsam und nur dann gewonnen werden kann, wenn man einigermaßen geradlinig und glaubwürdig agiert. Es kommt nicht darauf an, den Menschen nach dem Maul zu reden. Es kommt – so altmodisch das klingt – darauf an, ehrlich zu agieren. Dazu kann es durchaus angemessen sein, Wünsche von WählerInnen abzulehnen und zu sagen, warum man diesen Wunsch nicht erfüllen kann oder auch nicht erfüllen will. Auch das ist notwendig und legitim.

Ich scheide heute aus meiner letzten politischen Funktion aus. Aber ich möchte auch weiterhin nicht einer Kaste angehört haben, der man besondere Verlogenheit vorwirft. Euch kann ich nur bitten, Euch der Verantwortung für Eure Vertrauenswürdigkeit bewusst zu sein und daher – wenn nötig – auch unangenehme Wahrheiten zu sagen. Der Vorteil dieser Haltung ist, dass man aufrechten Ganges gehen kann. Der Nachteil, dass man den Gegenwind öfter zu spüren bekommt.

7. PARTEIMITGLIEDER SIND NICHT SELBSTLOS

Mir liegt es fern, hier christliche Nächstenliebe zu predigen. Mir war etwa schon lange vor meinem Eintritt in die Bundesregierung 1994 klar, dass Politik zugunsten ausländischer Zuwanderer nur dann auf Zustimmung gerade unserer WählerInnen stoßen würde können, wenn jene, die vor Zuwanderung neuer Mitbürger schon schlechte Karten hatten, wenigstens das Gefühl haben konnten, die Politik – namentlich die sozialdemokratische – würde sich um ihr Schicksal kümmern und zumindest versuchen, ihnen bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen.

Die bloße Tatsache allein, dass Zuwanderer zumeist die allerschlechtesten Positionen in Arbeit und Gesellschaft haben, reicht noch nicht, um sie zum in der Partei weithin anerkannten Gegenstand sozialdemokratischer Politik zu machen. Zuerst

müssen die, die schon länger da und nicht gerade begünstigt sind, das Gefühl haben, ihre Sorgen würden ernst genommen.

Da, genau da liegt eines der Probleme der Abwanderung zahlreicher bisheriger Kernwähler zu den Rechtsparteien. Während wir immer mehr zu einer Partei der Mitte, des Mittelstandes geworden sind – durchaus Hand in Hand mit dem Aufstieg großer Teile der Arbeiterklasse bzw. ihrer Kinder – haben jene, die nicht mit aufgestiegen sind oder die durch den wirtschaftlichen Strukturwandel abgestiegen sind, das Gefühl, wir kümmern uns nicht mehr um sie. Und wenn diesen Menschen dann geschickte Demagogen zusätzlich noch einreden, wir kümmern uns bloß um die Ausländer und um unsere eigenen Privilegien, dann ist dieser Gruppe wenigstens emotional geholfen: Sie müssen sich nicht mehr nur als Verlierer fühlen, sie können stattdessen die Schuldigen hassen – uns, denen sie zuvor vertraut haben und die ihr Schicksal nicht verändert haben.

8. BEKÄMPFUNG DES LOHNDUMPINGS

Es kommt noch ein weiteres hinzu: Vor allem in Arbeiterberufen sind jene, die ihre Haut noch billiger verkaufen müssen – etwa weil sie Frauen, Ausländer oder Behinderte sind – nicht nur Konkurrenten, sondern eine echte Bedrohung des Arbeitsplatzes der kollektivvertraglich entlohnten Arbeiter bzw. der Kernbelegschaft, der Inländer, der Männer. Oder eine Bedrohung ihrer Entlohnung. Dumpingwettbewerb ist bedrohlich.

Die übliche Reaktion auf dieses Phänomen ist Hass auf diese Dumpingkonkurrenz, auf die anderen, zumeist die Ausländer, auf die, die noch weniger haben. Eine politische Reaktion, zumal eine sozialdemokratische wäre jedoch eine andere: Zum einen ginge es um eine Begrenzung der Arbeitskräftezuwanderung. Das ist über die Jahre bei sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung immer versucht worden –, aber es ist nicht genug. Denn es braucht zusätzlich wirksame Maßnahmen, damit niemand seine Haut zu billig verkaufen muss. Das

System muss nach unten hin abgedichtet werden. Es darf eben nicht sein, dass Türken für die gleiche Arbeit wie inländische Hilfsarbeiter im Durchschnitt 17 Prozent weniger Lohn bekommen.

9. VIELES KÖNNTE NOCH GESAGT WERDEN

Während ich in der Vorbereitung auf meine heutige Rede nachgedacht habe, sind mir natürlich noch einige andere Fragen in den Sinn gekommen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die aktuellen Auseinandersetzungen um Post und Lehrerarbeitszeit, um die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament usw.

Irgendwann ist mir dann bewusst geworden, dass der Versuch, jetzt noch schnell alles zu sagen, was mir wichtig ist, scheitern muss. Wenn ich's in den letzten zwölf Jahren nicht habe vermitteln können, dann ist es jetzt auch zu spät und würde überdies viel zu lange dauern. Ich käme daher zum Schluss und den Worten des Danks.

Aber dies ist die schriftliche Fassung. Und Papier ist (relativ) geduldig:

Die nicht gehaltene Rede

1. POSTLIBERALISIERUNG

Wir sollten – und die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein guter Anlass dafür – schon auch einbekennen, dass wir auch politische Fehler gemacht haben und dass es nun an der Zeit wäre, Dinge richtig zu stellen.

Die Idee, die staatlichen Postverwaltungen aus der staatlichen Verwaltung auszugliedern und die Post als Aktiengesellschaft zu betreiben und später dann, die Postdienstleistungen zu liberalisieren ist mehr als zwanzig Jahre alt. Sie kam aus der vor allem von der Europäischen Kommission verfolgten Ideologie, dass staatliche Dienstleistungen alle Nachteile monopolistischer Ineffizienz in sich trügen und daher ausgegliedert

und liberalisiert werden müssten, allenfalls auch privatisiert. Im Bereich der Telekommunikation haben diese Maßnahmen für die Konsumenten tatsächlich einiges gebracht. Für die Arbeitnehmer fällt die Bilanz zwiespältig aus.

Im Bereich der Post steht das dicke Ende noch bevor. Paketdienstleistungen sind bereits liberalisiert. Briefpost kommt erst. Das ist politisch schon vor einigen Jahren so festgelegt worden. Und das ist der Grund, warum die Post Personal reduziert und Postämter schließt – schließen muss. Dass dafür jetzt der Vorstand der Post geschlagen wird muss einem nicht unbedingt die Tränen in die Augen treiben. Das Schmerzensgeld ist hoch genug. Aber zumindest ein bisschen rot könnte man doch werden. Denn an diesen Liberalisierungsschritten, die jetzt den Vorstand des teilprivatisierten Unternehmens Post AG zwingen zu handeln waren, auch Sozialdemokraten beteiligt. Und: Es war eine politische Entscheidung.

Und sie war – was den Briefverkehr betrifft – falsch. Welche Effizienzsteigerung es bedeutet, wenn in einer Stadt statt einer Firma dann drei oder vier Briefe austragen, kann sich jeder selbst ausrechnen. Es laufen allenfalls mehr Briefträger herum als zuvor. Das kann nur gehen, wenn sie weniger bezahlt bekommen und schneller laufen.

Zu lernen wäre: Auch Postdienstleistungen sind infrastrukturbasierte Dienstleistungen. Und bei denen ist im Allgemeinen die Erbringung durch nur einen Anbieter effizienter. Das wäre der Fall einer »Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse«, bei uns auch »Daseinsvorsorge« genannt.

2. FINANZKRISE UND BANKEN

Betrachtet man es nüchtern, so sind Banken dazu da, Spargelder zu verwalten und zu verzinsen. Das tun sie, indem sie diese Gelder als Kredite verleihen und dafür mehr Zinsen verlangen, als sie selber dafür zahlen. Von der Differenz bezahlen sie Infrastruktur und Personal und sorgen für Kreditausfälle vor.

Was übrig bleibt ist ihre Marge, ihr Verdienst. In Österreich beträgt diese Marge ca. 0,8 Prozent.

Da die Banken Aktiengesellschaften sind und zumeist auch an der Börse notieren, müssen sie versuchen, sich an Bedürfnissen der (potentiellen) Anleger zu orientieren. Die verlangen entweder steigende Kurse der Aktien oder zumindest eine vernünftige Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Mit der in Österreich durchschnittlich verdienten Marge ist beides nicht möglich. Konsequenz: Alle österreichischen Banken haben sich um profitablere Geschäfte umgesehen. Leider hat es die Wirtschaft aber so an sich, dass höhere Profite nur bei höherem Risiko zu erzielen sind.

Bereits in den Neunzigerjahren haben einzelne Banken massiv in Russland investiert – ein hoch attraktives und hoch riskantes Land – und dabei zum Teil massive Verluste eingefahren. Andere – bekannt wurde die BAWAG – haben sich gebrüstet, auf diese Hochrisikoinvestments verzichtet zu haben und haben stattdessen mit Wertpapieren spekuliert – in der Börsenhype sogar außerordentlich erfolgreich. Bloß: Auch das war riskant. Und, wie wir inzwischen wissen, ist das Risiko auch wirklich schlagend geworden.

Und jetzt sehen wir die Effekte eines weltweiten Platzens überbewerteter Wertpapiere, die scheinbar sicher waren (asset backed – also so gut wie hypothekarisch gesichert), in Wahrheit aber weit überbewertet und daher insbesondere beim Platzen wertlos. Und da fast alle Banken diese Wertpapiere gekauft haben – als Eigenkapitalanlage – und andererseits durch BASEL II gezwungen sind, ihren Kreditvergaben bestimmte Mindesteigenkapitalsätze zu unterlegen, trauen sie sich nicht mehr, Kredite zu vergeben. Und wir fürchten uns vor dem Risiko, das in starken Währungsabwertungen in den osteuropäischen Reformstaaten für Österreichs Banken liegt. Auch hier die gleiche Frage: Wo haben wir, wo haben die Sozialisten in diesen Fragen gekämpft? Und wäre es nicht wenigstens jetzt an der Zeit, klare Ansagen zu treffen: Banken sind Versor-

gungsunternehmen, die die Aufgaben wahrzunehmen haben, Wirtschaft und Gesellschaft mit Geld zu versorgen. Das ist nicht unter Bedingungen der Profitmaximierung zu machen. Hier braucht es Regeln, die sicherstellen, dass dies gemeinwirtschaftlich funktioniert. Und dafür braucht es jedenfalls staatliche Auflagen und deren Kontrolle, unter Umständen sogar mehr: öffentliches Eigentum.

3. WIRTSCHAFTSKRISE

Hier scheint durchaus Vernunft der Regierung und des Parlaments am Werk: Die Steuerreform war richtig – nicht in allen Details, aber dass sie beschlossen worden ist und nun in Kraft getreten ist. Das stärkt die Konsumkaufkraft und stützt die Wirtschaft. Die Sicherungsmaßnahmen zugunsten der Banken waren nötig, wenn auch technisch nicht hinreichend durchdacht. Hier sollten unbedingt Nachbesserungen vorgenommen werden: Die Republik soll nicht nur im Insolvenzfall garantieren, sondern auch mit ihrer Haftungserklärung dazu beitragen, dass wieder Kredite gegeben werden. Maßnahmen, die kleinen und mittleren Unternehmen helfen, die jetzige schwierige Wirtschaftsphase zu überleben, fehlen allerdings weitgehend und sind dringend notwendig, wenn nicht viele dieser Unternehmen zugrunde gehen sollen.

Nützlich und richtig war die Verlängerung der Möglichkeit der Kurzarbeit. Nötig wären Kredite für fünf bis sieben Jahre. Wenn schon das Konzept der Unternehmensanleihe, das ursprünglich vom Finanzministerium und der AWS ange-dacht war, nun nicht realisiert wird, dann sollte zumindest die nun staatliche Kommunalkredit bald anfangen, auch (neben den Krediten für Gemeinden) Kredite für KMU zu geben. Wichtig und überraschend: dass die Löhne nicht gesenkt oder Nulllohnstunden eingeführt werden. Die Kaufkraft der Masse der Beschäftigten ist nicht nur für sie selbst, sondern vor allem auch für die Wirtschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung. Das hat offenbar auch der ÖVP-Wirtschaftsminister verstanden. Und damit hebt er sich wohltuend von seinem Vorgänger ab.

4. LEHRER?

Nur eines hiezu: Schon vor einigen Wochen habe ich einen Lehrgewerkschafter gehört, der der Unterrichtsministerin vorgeworfen hat, nun »unter dem Vorwand einer Wirtschaftskrise« von Lehrern Mehrarbeit zu verlangen. »Wir haben diese Krise nicht verursacht. Wir sind daher auch nicht bereit, dafür Opfer zu bringen.«

Von Lehrern – etwa auch denen meiner Kinder – möchte ich, dass sie zumindest die Zusammenhänge ein bisschen verstehen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise bringt für den Staat zusätzliche Kosten und Einnahmehausfälle. Und sie bringt für viele Tausende in der Privatwirtschaft im besseren Fall Kurzarbeit, im schlechteren Arbeitslosigkeit. Öffentlich Bedienstete haben sichere Arbeitsplätze. Von ihnen Solidarität in schwierigen Zeiten zu verlangen ist jedenfalls nicht gänzlich abwegig.

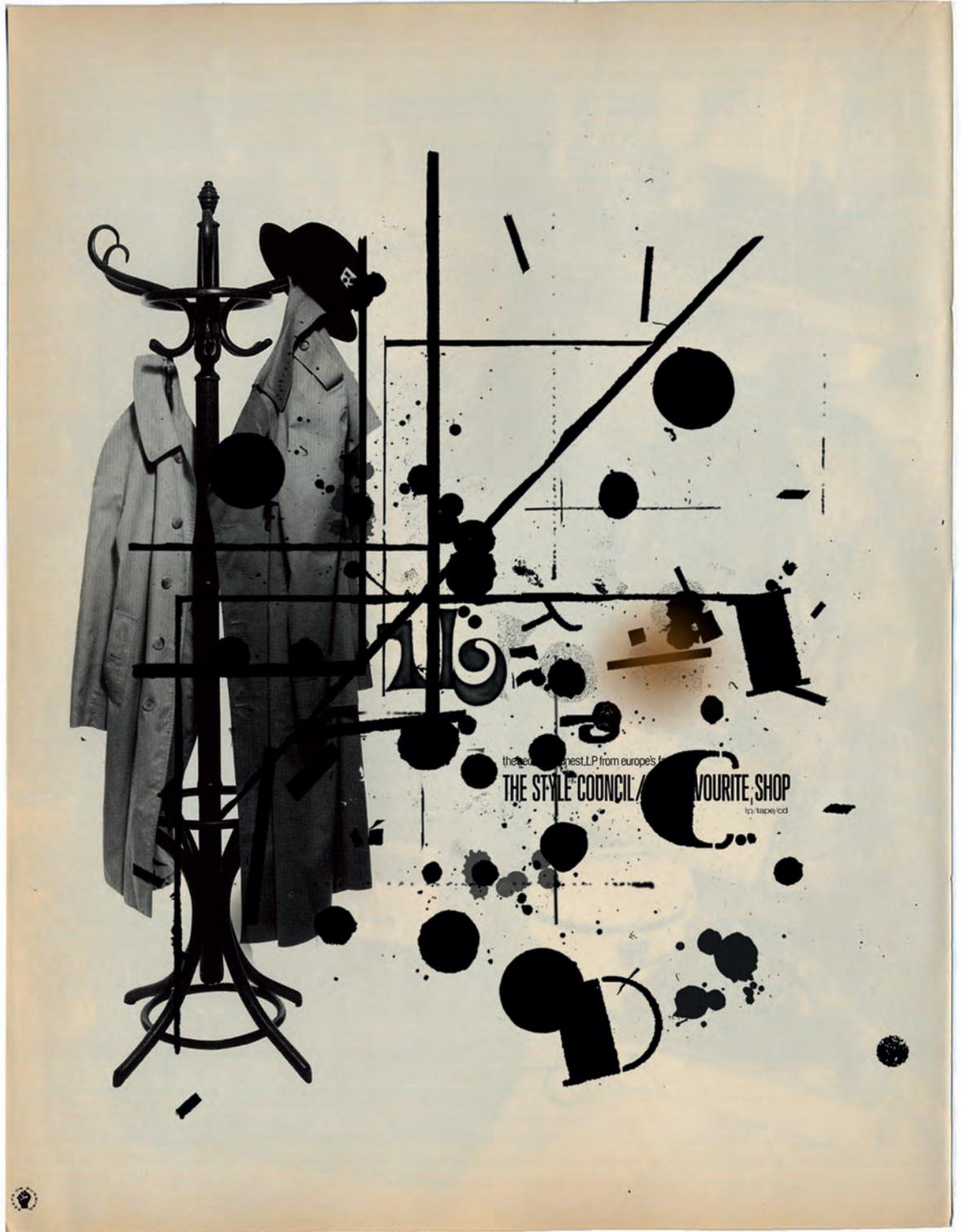
5. EIN ENDE

Auch die schriftliche Fassung muss irgendwann enden. Mir bleibt es nur, der sozialdemokratischen Sache, der Politik zugunsten derer, die sich's nicht selber richten können, allen denkbaren Erfolg zu wünschen! ●

CASPAR EINEM

ist Mitglied der SPÖ und
jetzt vollständig privatisiert

SCHERE-STEIN-PAPIER
Kunsthhaus Graz



STEFAN HALBLÜTZEL_02, BILDVERGRÖßERUNG, STEFAN HALBLÜTZEL
OHNE TITEL (SHOP), 2009, COURTESY GALERIE DENNIS KIMMERICH

Die Politik ist am Boden

WAHLKAMPF Nach den Wahlen ist bekanntlich vor den Wahlen. Und damit ist auch der nächste Wahlkampf bereits vorprogrammiert. Bernhard Herzog setzt sich auf einer grundsätzlich-analytischen Ebene mit erfolgreicher Kampagnenführung auseinander. Er zeigt auf, warum ein Wahlkampf mehr mit Grassroots-Mobilisierung als mit Dreieckständer-Aufstellen zu tun haben sollte.

Die Politik hat einen neuen Begriff entdeckt: Niemand spricht mehr vom Wahlkampf, aber alle SpitzenkandidatInnen wollen Teil einer Wahlbewegung sein. Diese Bewegungen sind auch das Geheimnis hinter vielen Wahlerfolgen. Die legendären Polit-Persönlichkeiten unserer Geschichte standen an der Spitze einer »Bewegung«. Aber politischen Druck machen und Bewegung erzeugen, gelingt auch nur mit der nötigen Bodenhaftung. Eine Bodenhaftung, die die Politik wieder lernen muss. Wahlkämpfe werden nicht durch TV-Duelle entschieden. Kampagnen gewinnt eine Partei auf der Straße – am Boden.

ZEIT FÜR EINE KAMPAGNE

»Machen wir Wahlkampf!«: Plakate kleben, Folder und viele kleine Wahlkampfgeschenke verteilen, noch ein paar Inserate schalten, Diskussionen und Veranstaltungen organisieren. Fertig: Das steht auf dem Wahlkampf-Rezept. Doch hinter einer Kampagne steht mehr. Hinter einer Kampagne steckt, wenn sie gut gemacht ist, viel versteckte Arbeit, Konzeption und auch Wissenschaft.

In der Politikwissenschaft gibt es verschiedene Ansätze Wahlkämpfe zu analysieren und in Phasen zu teilen. Doch um zu zeigen, dass ein Wahlkampf nicht vom Himmel fällt, ist die Teilung des Wahlkampfes in drei Abschnitte interessant: Vorbereitung, Vorwahlkampfzeit und Schlussphase. Um die Dimension zu erahnen: Die Vorwahlkampfzeit beginnt oft schon zwei Jahre vor dem offiziellen Wahltermin, die Schlussphase ist das was der/die »Normal-BürgerIn« als Wahlkampf wahr nimmt.

Ein moderner Wahlkampf ist hochkomplex und auch eine wissenschaftliche Herausforderung. Ohne eine fundierte Meinungsforschung ist kein Wahlkampf zu machen. Stimmungen

und Meinungen werden erhoben, Botschaften abgetestet und gewinnbare Zielgruppen gesucht. Alles wichtige Daten um eine Kampagne zu planen.

KAMPAGNE AM BODEN

Doch unter Wahlkampf wird oft nur Zettel verteilen und Drei-Eckständer aufstellen verstanden. Dabei werden die meisten wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu ignoriert: Es bringt einfach nichts! Zumindest nicht das, was erwartet wird. Es macht Stimmung in den eigenen Reihen, aber es bringt keine neuen Stimmen. Das Geheimnis hinter dem Stimmen-Holen, nämlich nicht nur kurz- sondern auch langfristig, ist der direkte Kontakt.

In den USA wird diese Form des Wahlkampfes »Ground War« genannt und im Gegensatz zum »Air War« gesehen. Während »Air War« den Wahlkampf über Werbung, wie zum Beispiel TV-Spots beschreibt, sucht der »Ground War« den direkten »Feindkontakt«. Mit dieser martialischen Sprache haben die US-AmerikanerInnen kein Problem, in unserem Sprachraum nehmen wir aber wegen unserer Geschichte eher Abstand von kriegerischen Vergleichen.

Es ist aber wichtig zu wissen, dass eine Kampagne neben einer Plakatkampagne und Inseraten auch aus einer wichtigen Komponente »am Boden« besteht. Dabei ist eines entscheidend: Gerade der direkte Kontakt zu den WählerInnen ist der Effizienteste. Studien (zum Beispiel von den US-Amerikanern Alan S. Gerber und Donald P. Green) ergeben klar, dass der direkte Kontakt zwar arbeitsintensiver, aber im Gesamten (kosten)effizienter ist als der indirekte Versuch, die WählerInnen über die Medien zu erreichen. Aber wozu den schwierigen und direkten Weg suchen, wenn es einfach per Medien geht?

Die Medien haben politische Macht und können Meinungen beeinflussen. Doch das Geheimnis einer wirklichen Bewegung liegt nicht in den Medien, sondern bei den Menschen. Diese Bewegungsenergie, die von den »Graswurzeln« der Gesellschaft erzeugt wird, kann mit Grassroots-Kampagnen genutzt werden.

Grassroots-Kampagnen arbeiten mit One-on-one-Kommunikation und versuchen breite Bevölkerungskreise zu mobilisieren. Eben dieser Ansatz – die Mobilisierung vieler Menschen für ein Ziel – macht die Grassroots-Kommunikation interessant für Politik, Parteien und Wahlkämpfe. Polit-Berater Thomas Hofer sieht in Grassroots ebenfalls einen großen Gewinn: »Die Mobilisierung der Grassroots wirkt authentisch und bringt authentische Stimmen.«

Diese Authentizität der Grassroots-Mobilisierung versteht sich auch aus ihrer Geschichte heraus, denn in den USA werden Grassroots-Techniken genutzt, um BürgerInnen-Begehren durchzusetzen. Es gibt eigene Organisationen, die die Techniken der Grassrootskommunikation vermitteln, um Bürgerinnen und Bürger mündig und durchsetzungstark zu machen.

Der Versuch Menschen zu organisieren und zu mobilisieren ist nicht neu, jedoch wurde diese Wahlkampf-Schiene in der TV-zentrierten Phase der Wahlkämpfe eher vernachlässigt. Die Energie wurde eher auf viel versprechende TV-Wahlduelle fokussiert. Dieser Ansatz ist nicht falsch, jedoch vergisst er auf die Macht der mobilisierten und organisierten Menschen. Deshalb ist auch in jeder Kampagne eine interne oder externe Mobilisierungskampagne Teil der Strategie. Die Grassroots-Kommunikation bietet für diesen Teil der Wahlkampagne die nötige Professionalität.

Für die Politik ist diese professionelle Herangehensweise beim Mobilisieren von Menschen aber extrem wichtig, weil dies ja eigentlich zum Kerngeschäft von Politikerinnen und Politikern gehören sollte – spätestens dann wenn es um die Wiederwahl geht. Bei Grassroots-Kommunikation geht es da-

rum Druck und Bewegung zu erzeugen. Damit kann wiederum leichter ein politisches Ziel erreicht werden, egal ob Wiederwahl oder eine Forderung.

DER DIREKTE KONTAKT – IMMER AM BODEN!

Doch was ist dieser direkte Kontakt, der bei den Grassroots so wirkt? Es gibt eine Reihe von Methoden, die wir alle irgendwie kennen. Das Geheimnis ist der direkte Kontakt der Politik mit den WählerInnen ohne die Schnittstelle Medien. Sobald es ein Bericht in den Medien ist oder eine Werbung über Medien geschaltet wird, verliert der Kontakt seine Wertigkeit. Hohe Werte bekommen die Kontakte nur im direkten Boden-Wahlkampf.

Ziel einer Kampagne muss es immer sein, die Botschaften möglichst personalisiert an die Zielgruppe zu bringen. Wenn eine Wahlkampagne die Möglichkeit hätte, mit jedem einzelnen Wähler und jeder einzelnen Wählerin zu sprechen um diese zu überzeugen, so würde das eine Wahlkampagne auch tun. Doch die WählerInnenschaft ist zu groß und die Ressourcen der eigenen Kampagne sind (immer!) beschränkt. Somit müssen andere Wege beschritten werden. Das bedeutet im Idealfall durch einen direkten persönlichen Kontakt, also durch face-to-face-Kommunikation, oder durch andere direkten unpersönlichen Kontakt oder andere Kanäle, wie Post, E-Mail, Telefon, Internet oder Events.

Der direkte Wahlkampf versucht eine Multikanal-Kombination in dem er die verschiedenen Instrumente verknüpft. Damit erreicht die Botschaft die Wählerin und den Wähler mehrmals durch verschiedene Kanäle und verstärkt dadurch den Kontakt.

Der Einsatz der Instrumente, die im sogenannten »Ground War«, also dem direkten Wahlkampf, muss genauso wie jede andere Entscheidung in einer Kampagne gut bedacht sein. Jedes Instrument wirkt anders, vor allem auch anders intensiv. Diese Intensität muss beachtet werden! Es gibt die Unter-

teilung in low-intensity und high-intensity Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern.

Das Anbringen von Flugzetteln an Bäumen, Türen beziehungsweise das Hinterlegen von Verteilmaterialien usw. (literature distribution), die Verteilaktion mit Wahlinformationen (leafleting) oder das Sichtbarmachen der eigenen Anhängerinnen und Anhänger und Positionen durch Buttons, Plakate im eigenen Garten und so weiter (Visibility) wird zu den low-intensity Aktivitäten gezählt.

Der high-impact Kontakt zum Wähler und zur Wählerin wird zum Beispiel durch Hausbesuche (door to door/canvassing) hergestellt, aber auch durch Aktivitäten des Kandidaten oder der Kandidatin, beziehungsweise per Direct Mailings und Telefonaktionen.

VOM HIGH-IMPACT BIS ZUM LOW-IMPACT

Der direkte Kontakt zum Wähler und zur Wählerin ist eine high-impact Aktivität, die am vielversprechendsten, wenn auch anstrengendsten ist. Das bedeutet täglich viele lange Gespräche um sich die Sorgen der Menschen anzuhören. In der US-amerikanischen Kampagnensprache wird zum Beispiel der Ausdruck »Door-to-Door-Canvassing« verwendet, also klassisches Klinkenputzen. Dies ist jedoch nur eine Form des direkten Kontakts. Der direkte Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern wird auch in Betrieben, Universitäten und Schulen gesucht. Überall im Wirkungskreis von – zum Beispiel durch eine Grassroots-Kampagne – aktivierten Menschen wird der direkte Kontakt als politische Überzeugungsarbeit angewandt. Diese Form des Wahlkampfes funktioniert perfekt um Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen. Und damit kann die Kampagne oder Bewegung weiter ausgebaut werden!

Der persönliche Kontakt kann auch als low-impact-Maßnahme konzipiert sein, wenn zum Beispiel ein Dialog nicht mehr nötig ist, weil man davon ausgeht, dass die Menschen in dem Gebiet bereits mehrheitlich die »richtige« Wahl treffen. Die typische Flugzettel- oder Plakatieraktion (Leafleting)

fällt in diese Kategorie genauso wie das generelle klar gebrandete Auftreten im öffentlichen Raum. Diese Wahlkampfform benötigt keinen Dialog, sondern möchte nur eine Stimmung vermitteln und dazu animieren, am Wahltag auch wählen zu gehen. Dadurch wird durchaus auch versucht – mit Berufung auf die Theorie der Schweigespirale von Elisabeth Noelle-Neumann –, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen und die eigene Kampagne als stark und vor allem als Gewinner darzustellen.

UNPERSÖNLICH UND DIREKT

Im Begriff »direkter unpersönlicher Kontakt« vereinen sich alle Formen der Kontaktaufnahme, die nicht persönlich mittels face-to-face-Kommunikation, sondern durch das Anschreiben per Brief, Folder, Prospekt oder ähnliches, per E-Mail oder per SMS. Der direkte unpersönliche Kontakt ist somit immer ein schriftlicher Kontakt. Dieser »direkte unpersönliche Kontakt« zählt zu den high-impact-Aktivitäten im Wahlkampf. Das Direct-Mail ist, wenn es auf die richtige Zielgruppe richtig abgestimmt ist, extrem effektiv. Bei dieser Kontaktform gilt ebenfalls, dass sie zielgruppengerecht aufgearbeitet sein muss, um einen größtmöglichen Effekt zu erzielen.

Mit Hilfe des Telefons lassen sich innerhalb kürzester Zeit sehr viele Menschen auf eine sehr persönliche Art kontaktieren. Damit kann das Telefon sehr effektiv für den Bodenwahlkampf eingesetzt werden, denn direkter und persönlicher als das Telefon ist kein Medium. Damit zählt das Telefonieren im Wahlkampf auch zu den »high impact voter contacts« und kann ideal zur Überzeugung beziehungsweise zur Information von Wechselwählerinnen und Wechselwählern eingesetzt werden.

So ein Event muss, um ein Ereignis zu werden, nicht unbedingt eine große Bühne mit Stars und Laser-Show haben, sondern es reicht ganz einfach ein Ereignis zu bieten, das auffällt und nicht alltäglich ist. Die Bandbreite ist groß und vor allem auch die Nutzbarkeit im Bezug auf eine Zielgruppe, denn ein gutes Event erreicht exakt eine Zielgruppe mit nur

DIE ALTERNATIVE LITERATUR-LISTE: FILME ÜBER WAHLKAMPF UND MENSCHEN IM WAHLKAMPF

War Room, USA 1993: Doku über die Bill Clinton-Kampagne

Wag the Dog, USA 1997: Eine Polit-Satire über die Macht der Spin-Doktoren. Um die US-Präsidentenwahlkampf zu retten, wird ein Krieg inszeniert.

Milk, USA 2008: Die wahre Geschichte des ersten bekennenden homosexuellen Politiker in den USA: Harvey Milk. Der Film beschreibt seine (Wahl-) Kämpfe für die Gay-Community.

Swing Vote, USA 2008: Das US-Wahlsystem macht es in diesem Film möglich: Alle Stimmen wurden ausgezählt und es ist Gleichstand. Nur eine einzige Stimme ist unklar. Nun dreht sich alles um den letzten Wähler, der entscheidet.

geringen Streuverlusten. Das politische Event in der großen Dimension, wie zum Beispiel der Auftakt oder die Endveranstaltung der Kampagne, ist dabei eine der Formen, die am bekanntesten ist. Es handelt sich dabei um wichtige Punkte in der Dramaturgie einer Kampagne und wird benötigt um Medienberichte zu generieren. Die Parteimitglieder müssen dabei nicht überzeugt werden, aber motiviert, was wieder der Bewegung Schwung geben kann.

BIST DU AUCH AUF FACEBOOK?

Das Internet und das Web 2.0 können für den direkten Wahlkampf zu einem unschätzbaren Gewinn werden. Denn gerade dieses Medium ist bei der Ansprache von Wählerinnen und Wählern sehr kosteneffizient, direkt und schnell. Das Internet kann von der klassischen Werbung bis hin zur Kommunikationsplattform vieles bieten, damit eine Kampagne effektiver wird. Aber: Das Internet ist kein Überzeugungsmedium, sondern ein Mobilisierungsmedium.

Das Internet ist für den Wahlkampf ein wesentlicher Faktor geworden. So ist auch US-Präsident Barack Obama der Meinung: »One of my fundamental beliefs from my days as a community organizer is that real change comes from the bottom up, and there's no more powerful tool for grass-roots organizing than the Internet.«

Bewegungen und Grassroots-Kampagnen können eine unglaubliche Durchschlagskraft gewinnen. Selbst die »Kronen Zeitung« ist nicht in der Lage so eine Bewegung zu stoppen. Gerade eine große Partei wie die Sozialdemokratie hat ihren Vorteil in der Mobilisierung ihrer Mitglieder und SympathisantInnen. Allerdings muss beachtet werden, dass auch mit besten technischen Hilfsmitteln und der besten wissenschaftlichen Unterstützung keine Bewegung aus dem Nichts entsteht. Es kommt immer auf die Themen der öffentlichen Meinung an, ob eine Bewegung an Schwung gewinnen kann. Noch vor einem Jahr hat niemand über eine Alternative zum Kapitalismus nachgedacht. Heute reden die Leute wieder darüber. Die Krise hat die Diskussion über unser Wirtschaftssystem auf die

Agenda gesetzt. Das Themen-Management darf niemals vergessen werden. Doch auch hier kann man durch längerfristige Arbeit mit den Grassroots ein Thema zum Thema machen.

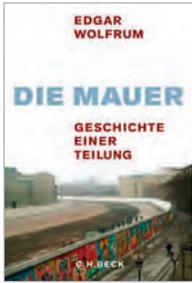
STÄRKE DER SOZIALDEMOKRATIE: BEWEGUNG

Die Stärke der Sozialdemokratie liegt in dieser Form des direkten Wahlkampfes. Wir dürfen deshalb nicht vergessen, dass wir unsere Botschaften auch über andere Kanäle als die Medien verbreiten müssen. Gerade die Verschränkung von Medien- und Bodenwahlkampf ergibt beste Ergebnisse. Aber der direkte Boden-Wahlkampf muss professionell und mit Herzblut geführt werden. Die TV-Duelle und Zeitungsinserate haben auch ihren Nutzen. In der Wahlkampfplanung muss aber auch die richtige Gewichtung der Mittel geachtet werden. Die Energie muss dorthin fließen, wo sie wirken kann und sich vielleicht sogar verstärkt. Es gilt den Einsatz der Mittel und deren Ergebnis gut zu durchdenken und zu organisieren. Ein Wahlkampf, der eine Bewegung sein will, muss im Bodenwahlkampf erfolgreich sein. Hier gibt es viel zu gewinnen – eine ganze Gesellschaft und ihre Wahl. ●

BERNHARD HERZOG

ist Mitarbeiter in der Organisations-Abteilung der SPÖ Wien. Er besucht den Master-Lehrgang »Politische Kommunikation« an der Donau-Uni Krems und hat sich in seiner Bakkelaursarbeit mit dem Thema »Ground War im Wahlkampf« auseinandergesetzt.

Berlin, Äthiopien & Schulkummer



Edgar Wolfrum
DIE MAUER

Lebendig, spannend und mit dem Blick auf das Wesentliche erzählt Edgar Wolfrum die Geschichte der deutschen Teilung und der deutschen Wiedervereinigung. Er schildert die Hintergründe der Entstehung der Mauer, zeigt, was es hieß, in ihrem Schatten zu leben, wie man sich an sie gewöhnte und lässt die dramatischen Ereignisse des Mauerfalls vor 20 Jahren wieder aufleben.

C.H.Beck, 191 Seiten, 17,40 Euro



Jan Fleischhauer
UNTER LINKEN

Jan Fleischhauer hat einen Großteil seines Lebens unter Linken verbracht – vom Elternhaus über Schule und Universität bis zum Milieu der Journalisten, in dem er seit zwei Jahrzehnten arbeitet. Jetzt unterzieht er sie einer genauen Betrachtung, mit dem Abstand desjenigen, der irgendwann entdeckte, dass er nicht mehr dazugehört. Das Buch ist Analyse, Polemik und ein persönlicher Erfahrungsbericht.

Rowohlt, 350 Seiten, 17,40 Euro



Ryszard Kapuscinski
KÖNIG DER KÖNIGE

Endlich wieder ist diese 1984 erschienene Parabel der Macht über Haile Selassie, Negus Negesti von Äthiopien, als Taschenbuch erhältlich. Ehemalige Diener, Hofschranzen, Notabeln und Spitzel erzählen von einem absoluten afrikanischen Monarchen und seiner absurden totalitären Machtausübung; und von einem Realitätsverlust, der fast unweigerlich zum Sturz des Kaisers 1974 führte.

Piper, 262 Seiten, 9,20 Euro



Daniel Pennac
SCHULKUMMER

Pennac schildert den Alltag in der Schule aus den verschiedenen Perspektiven – da sind die Schüler aus allen sozialen Schichten; die Lehrer, die guten wie die schlechten; Eltern, verständnisvoll, verständnislos, fordernd, überfürsorglich. Und immer wieder appelliert Daniel Pennac an Eltern und Lehrer, „problematischen“ Schülern mit Liebe zu begegnen.

Kiepenheuer & Witsch, 288 Seiten, 19,50 Euro



Tilmann Lahme
GOLO MANN

Hineingeboren in eine berühmte Familie, aufgewachsen in der Weimarer Republik, war Golo Mann früher Kritiker des Nationalsozialismus. Die Emigration führte ihn über Frankreich und die Schweiz in die USA. Nach Europa zurückgekehrt folgte mit dem »Wallenstein« und der »Deutschen Geschichte« die späte Anerkennung des Historikers, der sich bis zu seinem Tod 1994 in die Geschehnisse der Bundesrepublik einmischte.

S. Fischer, 551 Seiten, 25,70 Euro



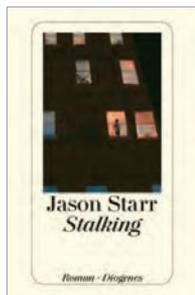
Paul R. Krugman DIE NEUE WELTWIRTSCHAFTSKRISE.

Der Nobelpreisträger zeigt, wie die mangelnde Regulierung der Finanzmärkte die Voraussetzungen für eine Rückkehr der Weltwirtschaftskrise schuf. Er legt dar, welche Schritte unternommen werden müssen, damit die Krise eingedämmt und die Weltwirtschaft vor dem Absturz in eine tiefe Rezession bewahrt werden kann – klar und deutlich, lebendig und unterhaltsam, dabei zugleich fundiert.

Campus-Verlag, 288 Seiten, 25,60 Euro

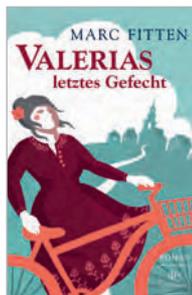
Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Detektive, Kommissare & Grafen



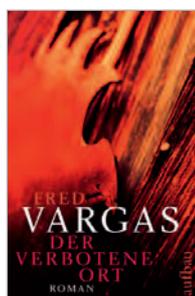
Jason Starr
STALKING

Der Mann, der Katie Porter folgt, wohin auch immer sie geht, ist nicht ihr Freund Andy. Der ist viel zu sehr mit seinem Job beschäftigt – und mit der Frage, ob er nicht auch noch bei anderen Frauen landen könnte. Junge Yuppies wollen um jeden Preis Karriere machen und sehen alles nur aus einem Blickwinkel: Was bringt es mir? Starr zeigt nüchtern und gemein einen kapitalistisch-bürgerliche Welt.
Diogenes, 523 Seiten, 12,30 Euro



Marc Fitten
VALERIAS LETZTES GEFECHT

Valeria ist nicht mehr jung und hat sehr entschiedene Ansichten über die Menschen und das Leben. Das Gemüse auf dem Markt ist nicht knackig genug, die Bauern, die um Ibolya in ihrer immer geöffneten Kneipe herumscharwenzeln, sind so nichtsnutzig wie die Christdemokraten, die protzigen Kapitalisten und dieser Schimpanse von einem Bürgermeister mit seiner kapriziösen Frau.
dtv, 300 Seiten, 15,40 Euro



Fred Vargas
DER VERBOTENE ORT

Pierre Vaudel, pensionierter Jurist, wurde auf unerklärlich und gnadenlos in seinem Haus hingerichtet; als einziges Indiz verweist ein kryptischer Brief auf ein serbisches Dörfchen. Kommissar Adamsberg nimmt die Fährte auf und reist in das einstige Transsilvanien, das Ursprungsland des Vampirglaubens, wo Wagemut und Unbedachtheit ihn an die Grenze von Leben und Tod bringen.
Aufbau-Verlag, 480 Seiten, 20,60 Euro



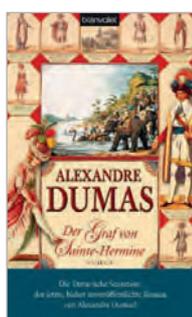
Daniel Glattauer
SCHAUMA MAL

Seit mehr als zehn Jahren widmet sich Glattauer in seinen „Standard“-Kolumnen unseren alltäglichen Absurditäten und Vergnüglichkeiten. »Die Macht ist an« erzählt etwa vom Kampf mit mangelhaft übersetzten Gebrauchsanweisungen, »Richtig trennen« vom möglichst Nerven schonenden Rückgängigmachen übereilt eingegangener Partnerschaften und vom Mithören fremder Handytelefonate.
Zsolnay, 137 Seiten, 15,40 Euro



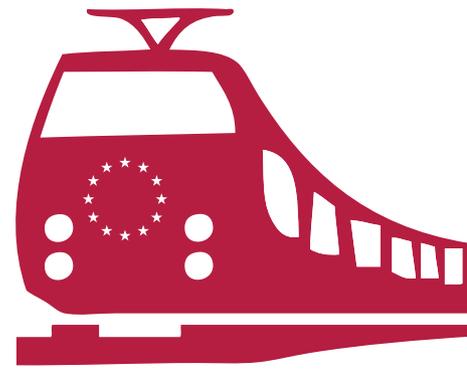
Ed McBain
DIE GOSSE UND DAS GRAB

Der Drehbuch-Autor von Hitchcocks „Die Vögel“ erzählt so gut, dass er verhaftet werden müsste, so „Publishers Weekly“: Der ehemalige Detektiv Matt Cordell ist total abgestürzt. Einst war er glücklich verheiratet, stand in Lohn und Brot, trank nicht. Das war, bevor er seine Frau mit einem seiner Kollegen im Bett erwischte. Ein alter Freund bittet ihn um Hilfe. Und schon ist man inmitten schöner Frauen und blutiger Morde.
Europäische Verlagsanstalt, 220 Seiten, 10,20 Euro



Alexandre Dumas d. Ä. DER GRAF VON SAINTE-HERMINE

Hector weiß sich durch Tapferkeit und Mut auszuzeichnen. Er ist der Retter adeliger junger Damen, kämpft im Seekrieg gegen England und wird gar zum Helden der Nation, als ihm in der Schlacht von Trafalgar der tödliche Schuss auf Admiral Nelson gelingt. Napoleon will ihn ehren, doch als er Hector erkennt, fällt dieser erneut in Ungnade und wird nach Italien verbannt, wo neue Abenteuer auf ihn warten.
Blanvalet Verlag, 1039 Seiten, 25,70 Euro



Was Europa zur Konjunkturlokomotive fehlt

Alle Regionen der Welt befinden sich in einer tiefen Wirtschaftskrise, die sich derzeit – entgegen den offiziellen Beschwichtigungen – vor allem in der Europäischen Union noch weiter zu vertiefen scheint. Hier ist das Volumen der Konjunkturpakete insgesamt eher gering, es fehlen nicht nur die zündenden Zukunftsideen, sondern auch überzeugende politische Führungsfiguren. Am ehesten auf eine Stabilisierung hoffen darf man in den USA – vielleicht gegen Jahresende: Dort stimulieren die umfangreichen Konjunkturpakete ebenso wie die charismatische Führungsfigur Barack Obama die Zuversicht der Menschen.

Doch auch in den USA wird die tiefe Krise nicht von einem steilen Konjunkturaufschwung abgelöst werden. Denn die US-Konsumenten erhöhen im Zuge dieser Krise den Sparanteil am verfügbaren Einkommen merklich von nur knapp über null in den letzten Jahren auf vier Prozent oder mehr und so wird die Ausweitung der Konsumnachfrage verhalten bleiben. Dies dämpft den Import an Gütern und Dienstleistungen und reduziert das horrendes Defizit in der Leistungsbilanz der USA: Noch 2007 verbrauchten die US-Bürger/innen um 800 Mrd. US-Dollar (6% des BIP) mehr Güter und Dienstleistungen als sie selbst produzierten.

Die Weltwirtschaft wird durch die Dämpfung des Wachstums der US-Importe erheblich belastet, denn damit fällt die wichtigste Konjunkturlokomotive aus. Diese Rolle müssen nun andere Regionen übernehmen, etwa die Europäische Union. Vor allem Deutschland, aber auch viele kleine Mitgliedsländer, darunter Österreich haben in den letzten Jahren einseitig auf die Stimulierung des Exports gesetzt, die Binnennachfrage vernachlässigt und hohe Überschüsse in der Leistungsbilanz aufgewiesen (Deutschland 6% des BIP, Österreich 3% des BIP). Jüngst ist die Sparquote der privaten Haushalte sogar weiter gestiegen, sie liegt bei mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens.

Angesichts des zu erwartenden Verfalls des US-Dollars gegenüber dem Euro stellt sich eine exportorientierte Stra-

ategie ohnehin als wenig zukunftsfruchtig dar. Vielmehr muss die Wirtschaftspolitik daran gehen, die Konsumnachfrage zu stimulieren. Unmittelbar geht es darum, Angstsparen zu verhindern. In schweren Wirtschaftskrisen mit stark steigender Arbeitslosigkeit erhöhen die privaten Haushalte selbst bei schwacher Einkommensentwicklung oft ihren Sparanteil, um für einen möglichen Arbeitsplatzverlust finanziell gerüstet zu sein. Das verschärft aber die Krise und führt zu noch mehr Jobverlusten. Der Kampf um jeden Arbeitsplatz muss deshalb im Bemühen um die Stärkung der Binnennachfrage im Mittelpunkt stehen.

Mittelfristig muss die Therapie von der empirischen Erkenntnis ausgehen, dass das untere Einkommensdrittel von zehn Euro Zusatzeinkommen acht Euro sofort wieder für dringend benötigte Konsumgüter ausgibt. Das obere Einkommensdrittel konsumiert hingegen nur vier Euro, es spart den überwiegenden Teil. Einkommensumverteilung von oben nach unten stimuliert deshalb Konsum und Produktion. Nach Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts löst die Umverteilung von einer Milliarde Euro einen Anstieg des BIP um 300 Millionen aus und führt zum Entstehen von 2000 zusätzlichen Jobs.

Ansatzpunkte für eine Verteilungspolitik zur Stimulierung der Binnennachfrage bestehen zum ersten in einer solidarischen Lohnpolitik zu Gunsten der unteren Einkommensgruppen. Zum zweiten in einer deutlichen Erhöhung der Vermögenssteuern zur Finanzierung von Sozialtransfers und sozialen Dienstleistungen. ●

MARKUS MARTERBAUER

arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.

»Die wahre Großzügigkeit der Zukunft gegenüber besteht darin, in der Gegenwart alles zu geben.«

ALBERT CAMUS



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

NOVOMATIC

— GROUP OF COMPANIES —



Solide Schale, kluger Kern.

Nur in der gesunden Schale eines wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmens kann ein Kern bestens ausgebildeter Spitzenkräfte an seinen Aufgaben wachsen. Solchermaßen solide gerüstet, baut unsere Unternehmensgruppe mit weltweit mehr als 12.000 Mitarbeitern ihre Stellung als eines der führenden Technologieunternehmen Österreichs kontinuierlich aus.

Beste Arbeitsbedingungen mit internationalen Aufstiegschancen motivieren auch die über 2.300 heimischen MitarbeiterInnen von Novomatic, in unterschiedlichsten Märkten sehr flexibel manch harte Nuß zu knacken.

Die Verleihung des österreichischen Exportpreises 2008* unterstreicht erneut das Potential und die Leistungsfähigkeit der Gruppe als Europas größter integrierter Glücksspielkonzern.

*) verliehen vom Bundesministerium für Wirtschaft & Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich für außerordentliche Erfolge auf Auslandsmärkten